

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

114 (19.5.1920)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 J Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M. ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich, Einzelnummer 20 J.

Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmenschluß 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Das deutsche Programm für Spa.

Berlin, 18. Mai. Ueber die Verhandlungen in Spa hat die Regierung Mitteilung mit den Parlamentariern der Mehrheitsparteien genommen. Wie es heißt, will die Regierung in Spa der Entente ein Finanzprogramm vorlegen, sich aber Garantien geben lassen, daß die Entente den Wiederaufbau Deutschlands nicht durch neue Besetzungen hindert. Die Wiederaufbauaktion soll genau besprochen werden. Ferner wird Deutschland fordern: Entfernung aller farbigen Truppen aus den besetzten Gebieten, Verbot der Werbemittel für die Fremdenlegion, Sühnung aller Verbrechen im besetzten Gebiet, die durch Soldaten der Entente begangen worden sind.

In wirtschaftlicher Beziehung wird unter anderem gefordert: Einführung der alten Zollgrenze an der Reichsgrenze und Verhinderung des Ausverkaufs Deutschlands sowie Erleichterung im Verkehr zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten. Wie das Datum der Konferenz in Spa so sind auch die Gerüchte über die Wiedergutmachungsumme schwankend und unsicher. Fast scheint es, so schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung, als würde bei der Auffassung bestehen, daß die Goldmark auch jetzt bei der letzten Aufwärtsbewegung der deutschen Baluta noch immer das Fünftfache der Papiermark ausmacht. Was der englische Wirtschaftsachseverordnende Keynes als außer der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegend bezeichnet hat, wird bedeutend überschritten. Wenn die Konferenz in Spa überhaupt noch einen Zweck haben soll, so darf ihr Ergebnis nicht vorweg genommen werden. Man muß erwarten, daß zwischen den Gläubigern ein Ausgleich geschaffen wird, zwischen Gewinnern und Verlierern. Ueber die Möglichkeit der Reaktionen sind zu besprechen — dieser Grundgedanke der Konferenz ist in Deutschland begrüßt worden als Ausgangspunkt für friedliche Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Diese deutsche Auffassung wird so lange die gleiche bleiben, als sich die Grundlagen der Einigung nicht verschieben.

### Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 18. Mai. Der gestrige Tag zeigte im Metallgewerbe ein merkwürdiges Abflauen des Streikes, desgleichen unter den Arbeitern der Gas- und Elektrizitätswerke. Nur in Paris bleibt die Lage dieses zuletzt genannten Industriezweiges noch gespannt, da die Pariser Gesellschaften sich weigern, die weit gespannten Forderungen der Streikenden anzunehmen.

### Der Kapputsch Ursache der Spartakusbewegung.

Halle, 18. Mai. In einer von der Deutschen Nationalen Partei veranstalteten Versammlung in Halle am Grafen-Baldowisch auf den Kapp-Rutsch zu sprechen und erklärte, wenn der letztere Erfolg gehabt hätte, dann wäre Deutschland auseinandergefallen. Kapp sei kein Napoleon. Erst der Kapp-Rutsch habe die Spartakusbewegung im Reich ausgelöst. Man darf gespannt darauf sein, was die reaktionären Politiker und Blätter nunmehr sagen werden, die immer behaupten, der Kapp-Rutsch trage nicht die Schuld an den Spartakusunruhen, diese wären „auch so“ gekommen. Wahrscheinlich wird man nichts sagen und sich ausschweigen.

### Unterjochung der Kriegsverbrecher.

Nach dem Berliner Tageblatt sind die in der kürzlich überreichten Riste der Entente der Kriegsverbrecher Beschuldigten vom Oberreichsgericht für die Zeit vom 7.—20. Juni zur Vernehmung nach Leipzig geladen worden.

### Die Entschädigung für Streikverlust abgelehnt.

Berlin, 18. Mai. Der Reichsrat hat in öffentlicher Sitzung dem Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generalstreiks abgelehnt.

### Das Zweiklassenystem bei der Eisenbahn.

Wie der Verleger „Volksanzeiger“ erfährt, wird die Einführung des Zweiklassenystems auf den Reichseisenbahnen voraussichtlich am 1. Juni 1921 durchgeführt sein.

### Deeks Präsidentschaftskandidat.

Kopenhagen, 18. Mai. „Politiken“ meldet aus New York: Der amerikanische Sozialistenkongress hat entschieden, Deeks für die Präsidentschaftswahl aufzustellen. Er sitzt augenblicklich im Gefängnis, da er wegen bolschewistischer Propaganda zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden ist.

### Ein serbischer Minister ermordet.

Belgrad, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Agram ist in Belgrad ein serbischer Minister ermordet worden. Die Täter waren in Militäruniform; sie konnten entfliehen.

### Die Sinnfeiner-Bewegung in Irland.

Dublin, 18. Mai. (Gavas.) Ueber die Zwischenfälle, die sich in der Nacht vom Samstag zum Sonntag in London-Derby (Irland) ereignet haben, meldet die englische Zeitung „Globe“: Mehr als vier Stunden lang wurde in den Straßen von London-Derby gekämpft, wobei ein Wachtmeister getötet und ein anderer verwundet wurde. Am Sonntag stand die ganze Stadt im Zeichen des Bürgerkrieges. Die Unionisten und die Sinnfeiner hatten zwei Straßen der Stadt besetzt und sich gegenseitig beschossen, da sich die Polizei zurückgezogen hatte. Kurz nach Mitternacht erschien die mit Gewehren ausgerüstete Polizei wieder auf dem Schauplatz und verhaftete alle waffentragenden Personen.

„Laut Times“ hat am Samstag ein Kongress der Sinnfeiner in Roscommon beschlossen, die Landereien, die nicht hinreichend besetzt sind, den Besitzern fortzunehmen, im Notfall mit Gewalt.

### Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes.

Amsterdam, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Rom wird die Zusammenkunft des Ausschusses von Juristen, der den Gesetzentwurf zur Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes ausarbeiten soll, auf Ersuchen der niederländischen Regierung im Friedenspalast im Haag zusammengetreten. Die Zusammenkunft dürfte am 11. Juni stattfinden.

### Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 18. Juni. Nach längeren Beratungen ist am 15. Mai ein Koalitionskabinett gebildet worden. Das Kabinett umfasst neun Mitglieder der sogenannten Mehrheitsparteien und acht Mitglieder der demokratischen Partei, die bisher die Opposition bildete.

### Die Wahlen in Danzig, Braunschweig und Mecklenburg.

In Mecklenburg-Strelitz hat unsere Partei bei den Landtagswahlen die Mehrheit verloren. Die Unabhängigen haben vollständig versagt und konnten gar nichts erreichen. Die Sozialdemokratie in Mecklenburg stand unter der Führung von Hans Leuß und dem Minister v. Reibnitz. Beide ließen „radikales“ Auftreten, besonders Hans Leuß in einem bürgerlichen Berliner Montagblatt. Die nun eingetretene Niederlage haben Landesfürstliche schon vor Wochen vorausgesagt. Es muß aber auch betont werden, daß unsere Stimmengewinnung nach der Revolution dort ein ganz ungewöhnlicher war. Rückschlüsse sind dann erfahrungsgemäß die Regel.

Die Wahlen in Braunschweig ergaben zwar eine sozialistische Mehrheit, andererseits stellt sich aber das Anwachsen der Rechten als äußerst bedenklich dar. Dieser Wahlausfall ist nach Bayern ein neuer Beweis, wie die Arbeiterpolitik, mit der man auch in Braunschweig monatelang gespielt hat, den Stimmumschwung zugunsten der Reaktion vorbereitete. Sogar kommt als weiteres schwändendes Moment der Arbeiterkampf in der Sozialdemokratie. Die Unabhängigen legen ihre ganze Agitation darauf an, der Mehrheitssozialdemokratie Stimmen abzugewinnen. Dank ihrer skrupellosen Hezerei gelingt dies bis zu einem gewissen Maße, aber gleichzeitig geht die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen zurück. Sehr bedauernd ist die ganz geringe Stimmenzahl der Kommunisten. Diese Leute, die ihre Diktatur aufrechten wollen, erhalten in der radikalen Hochburg Braunschweig noch keine 2 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Daß unter den eigenartigen Verhältnissen in Braunschweig, und angesichts der seit Jahren stark radikalisierten Arbeiterschaft die heutigen Verhältnisse den Unabhängigen einen Zuwachs bringen werden, ist gar nicht erstaunlich. In solchen Bezirken werden auch bei der kommenden Reichstagswahl die extremen Parteien vorübergehend einen Erfolg erringen. Je fester und konsequenter die Sozialdemokratie den ihr vorzeichneten Weg geht, desto schneller werden die politischen Auswirkungen der Wirnisse unserer Zeit nach den Extremen überwinden sein.

Bei den Wahlen in Danzig haben unsere Genossen die Quittung für ihre immer wieder unternommenen Versuche erhalten, mit den Unabhängigen sich bereinigen zu wollen. Dadurch sind, wie den Danziger Genossen schon wiederholt gesagt worden ist, nicht geringe Arbeiterreise einfach verwirrt geworden. Verwirrung kommt aber in der Politik stets den Extremisten zu gute.

Und wir glauben heute schon sagen zu können, daß unsere Genossen in anderen Bezirken nach den gleichen Verdrüben wie in Danzig, auch bei den Reichstagswahlen ähnliche Erfahrungen machen werden. Mit sentimentalen Erwägungen und stimmungsvoller Rechnungsträgererei kann man niemals weder gute noch erfolgreiche Politik machen. Wo unsere Genossen den Unabhängigen und Linkskaditalen weit — und meistens sehr weit — entgegengekommen sind, haben die Radikalen das höhnisch und eifrig als Schwäche angesehen und anstößig ausgeübt. Den Schaden hatten unsere Genossen. Soffentlich werden sie nun Hag werden und dann wird die Scharte bald wieder ausgewischt sein.

Gerade den Weg gegangen, nicht links noch rechts geschieht — das führt zum Erfolg.

### Zur Abstimmung in der Schweiz.

Aus Basel wird uns geschrieben: Die Schweiz ist nun dem Völkerverbund beigetreten mit 441 600 gegen 310 880 Stimmen. Es ist kein imponantes Mehr, auf das die Völkerverbündeten stolz sein könnten und sie sind es auch wirklich nicht; es gab keine Jubelstürmen über das Volksergebnis, denn man sieht nun an dem Abstimmungsergebnis, daß die Schweizer dem Völkerverbund sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Der Propaganda gegen den Völkerverbund hat von vornherein der einheitliche Zug gefehlt. Außer der sozialdemokratischen Partei war keine Partei geschlossen gegen den Beitritt, selbst nicht einmal die Grünlianer, welche die Parole für Annahme ausgegeben hatten. Einer der schärfsten Gegner gegen den Völkerverbund war der schweizerische General Bille und mit ihm der ganze schweizerische Generalstab, der mit aller Schärfe nachwies, daß mit dem Aufgeben der wirtschaftlichen Neutralität auch die militärische notwendigerweise verloren gehen müsse. Große Liebe zum Völkerverbund ist in der Schweiz nicht vorhanden. Daß es schließlich zu einer Annahme gekommen, daran ist nicht in der Hauptsache die Propaganda für den Völkerverbund, sondern vielmehr die Unsicherheit über das, was die Ententestaaten nach einem verwerfenden Votum gegenüber der Schweiz unternehmen würden; es war die Furcht vor einer allfälligen Hungerblockade durch die Entente und darum sind viele Landknechte an die Urnen gegangen und haben ein „Ja“ eingeworfen, nicht aus Liebe zum Völkerverbund, sondern aus Furcht vor allfälligen wirtschaftlichen Schädigungen durch die liegenden Großmächte. Und nun kann man sagen, die Furcht hat gestiftet. Es ist nicht gleichgültig, wie ein Volksergebnis aussieht, wenn es die schlimmen Folgen sich nachher immer einstellen

Die Freikommentare der annehmenden Seite sind wirklich gar nicht überschüssig angesichts der gewaltigen Minderheit, die sehr leicht hätte Mehrheit werden können. Die sozialistischen Blätter wollen in der Abstimmung keine Niederlage der Völkerverbündeten erkennen; das Resultat sei das Angstrprodukt eines kopfscheu gemachten Volkes und die Folgen davon werden nicht ausbleiben. Man müsse sich nun vorläufig mit dem Ergebnis abfinden in der bestimmten Erwartung, die dritte Internationale werde in nicht allzu ferner Zeit den Völkerverbund endgültig auflösen.

### Der Bau von Klein- und Mittelwohnungen durch die Stadt.

Von Bürgermeister Hermann Schneider-Karlsruhe.

Die traurige Wirtschaftslage, in die der verlorene Krieg uns gebracht hat, hatte schon im vergangenen Jahre zur Folge, daß weder Private noch die gemeinnützigen Genossenschaften in der Lage gewesen sind, ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln Wohnungsneubauten zu erstellen. Dem Wohnungsbau als Spekulation ist jeder Boden entzogen, denn die Baukosten betragen ein Vielfaches der Friedenspreise, die Mieten dagegen haben sich Dank der Tätigkeit der Einigungsämter und auch aus anderen Ursachen nur um einen Bruchteil derjenigen in Vorkriegszeiten erhöht. Wohnungsneubauten sind daher als einzige durchgreifende Maßnahme gegen die ungeheure Wohnungsnot dringend nötig; Reich, Land und Stadt machen deshalb auch die denkbarlichsten Anstrengungen, um die Neubautätigkeit zu fördern. Die Zahl der tatsächlich erstellten Wohnungen bleibt weit hinter derjenigen zurück, die aufgrund der ausgesetzten Summen hätte gebaut werden sollen, und zwar deshalb, weil die zu Beginn des Baues veranschlagten Baukosten durch die fortgesetzten und sprunghaften Preissteigerungen im Verlaufe der Bauzeit durch die tatsächlich erwachsenen Kosten weit überholt worden. Man ist dadurch gezwungen, frühzeitig Absätze am ursprünglichen Bauprogramm vorzunehmen, weil zur Fertigstellung aller ursprünglich geplanten Häuser die vorhandenen Mittel nicht ausreichen würden.

Diese und auch andere Schwierigkeiten und Unvollkommenheiten bei allen öffentlichen Maßnahmen zur Förderung der Neubautätigkeit haben schon im vergangenen Jahre immer klarer das Eine erkennen lassen, daß der einzig mögliche und natürliche Träger des Wohnungsbaues die Gemeinde geworden ist. Der Nationalversammlung liegt ein Gesetz über Abgaben zum Baukostenausgleich vor, wonach die Inhaber von Wohnungen je nach der Höhe des Mietzinses zu einer Art Wohnsteuer herangezogen werden sollen. Die Erträge dieser Steuer soll in der Hauptsache den Gemeinden zur Verfügung stehen mit der ausschließlichen Bestimmung, sie zur Erstellung neuer Wohnungen zu verwenden. Der Wohnungsneubau ist damit endgültig eine öffentliche Angelegenheit, und zwar eine solche der Gemeinden geworden, und es verlohnt sich sehr wohl, diese umfängliche Aufgabe zum Anlaß ersterer und reichlicher Ueberlegungen grundsätzlicher Art zu nehmen, auf welche beste und zweckmäßigste Weise die Gemeinde die ihr gewordenen Aufgaben lösen soll.

Einest ist von vornherein klar: Die Lösung der Aufgabe auf rein bürokratischer Grundlage würde kaum zu allseitig befriedigenden Ergebnissen zu führen vermögen. Die Selbstverwaltung allein wird hier in Allen den richtigen Weg zu finden imstande sein. Schon die Verwaltung von vieler Wohnungen durch ein städtisches Amt müßte zu entlosten Anunträglichkeiten, aber auch zu dauernden, sehr erheblichen und sachlich keineswegs begründeten Aufwendungen führen. Sind die Wohnungen aber im Besitz einer Genossenschaft, der Inhaber der Wohnung selbst Genosse, so sind ungerechtfertigten Ansprüchen von selbst Schranken gesetzt, und der Genosse wird keine Wohnung ebenso pfleglich behandeln, als ob sie sein erbliches Eigentum wäre.

In Karlsruhe ergeben sich hiernach für die Stadtverwaltung als die beruflichen Mitarbeiter die vier bestehenden gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaften: Mieter- und Bauverein, Gartenstadt Karlsruhe, Gartenstadt Grünwinkel und Handwerker-Baugenossenschaft. Durch sie gewinnt die Stadt nicht nur die materielle Mithilfe weiter am Wohnungsbau interessierter Kreise, sie schafft damit auch für die ganze Aufgabe eine breite Grundlage und sichert sich die Erfahrung und Mitarbeit einer großen Zahl von Persönlichkeiten. Die Mitarbeit der Genossenschaften setzt zweckmäßig schon beim Bau der Wohnungen selbst ein. Notwendig ist dabei nur die einheitliche Leitung und Führung durch die Stadt, im übrigen aber ist dringend zu wünschen, daß sie unter Wahrung ihrer Eigenart als Selbstverwaltungskörper innerhalb der Gemeinde bestehen bleiben und selbständig die Aufgaben der Erstellung und Verwaltung der Häuser übernehmen und durchführen.

Die Mittel für die von den Genossenschaften zu erstellen Häuser wären in der Form von Vaudarlehen durch die Stadt insoweit zur Verfügung zu stellen, als die Baukosten die durch die Miete gedeckten Beträge übersteigen und die Genossenschaften nicht selbst noch darüber hinaus eigene Mittel aufzubringen vermögen. Die dabei verträglich festzulegenden Verpflichtungen der Genossenschaften hätten sich zu beziehen zunächst auf Siderstellung des notwendigen Einflusses des städt. Wohnungsamtes, dann aber ganz allgemein auf dauernde Wahrung des gemeinnützigen und öffentlichen Charakters der Wohnungen. Ein maßgebender Einfluß wäre weiterhin der Stadt zu sichern bei Festsetzung der Höhe des Mietzinses und, im Zusammenhang damit, ein Anrecht auf wenigstens einen größeren Teil der etwa später eintretenden Renten-Ueberflüsse.

Zur Förderung der privaten Initiative zur Aufbringung der Baukosten wäre auch daran zu denken, solche Genossen in der Zuweisung von Wohnungen (jedoch immer unter Wahrung der Grundzüge des Wohnungsamtes) besonders zu berücksichtigen, welche auch ihrerseits bereit sind, größere Summen, ähnlich wie die Stadt, zur Verfügung zu stellen. (Fortsetzung folgt.)



# Als die Unabhängigen noch mitregierten . . .

## Dokumente über die unabhängige Doppelmoral.

Der frühere Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau veröffentlicht Dokumente. An der Spitze steht ein Brief Brockdorff-Rantzaus, der damals noch deutscher Gesandter in Kopenhagen war, an den Genossen Philipp Scheidemann vom 9. Dezember 1918. Scheidemann hatte im Auftrage des Rates der Volksbeauftragten an Rantzau den Appell gerichtet, die Nachfolgerschaft des Dr. Solf als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Und es muß hier ausdrücklich festgestellt werden, daß dieser Schritt nicht nur mit Zustimmung der Unabhängigen, sondern sogar auf deren Anregung unternommen worden war.

Brockdorff-Rantzau schrieb nun an Scheidemann, unter welchen Bedingungen er das ihm angetragene Amt annehmen würde. Dieses Schreiben und ein beigefügtes Memorandum wurde im Räte der Volksbeauftragten vorgelesen und die darin enthaltenen programmatischen Bedingungen in einer der letzten Sitzungen des gemeinsamen Rates der Volksbeauftragten angenommen. Unter welchen Bedingungen lehrt uns der Unabhängige Emil Barth in seinem jüngst erschienenen Buch „Aus der Werkstatt der Revolution“, in dem er auf Seite 102 schreibt:

„Nach Erledigung dieser Verordnung wurde an diesem Abend (23. Dezember, D. Red.) noch endgültig Brockdorff-Rantzau zur Verfertigung des Auswärtigen Amtes gegen meine Bedenken und entgegen meinem Vorschlage, Breitscheid hierzu zu nehmen, mit 5 gegen eine Stimme beschloffen.“

Barth bestätigt also, daß neben den drei mehrheitssozialistischen auch die zwei unabhängigen Volksbeauftragten Gaafe und Dittmann der Verfertigung Rantzaus zugestimmt hatten, folglich auch seinen programmatischen Bedingungen. Und was lesen wir nun in diesem Schreiben an Scheidemann und in dem beigefügten Memorandum an den Rat der Volksbeauftragten? Wir finden darin folgende Stellen:

„Im einzelnen möchte ich hier hinzufügen, daß ich bezüglich der Schaffung einer republikanischen Armee ein scharfes Vorgehen gegen die bolschewistischen Umtriebe und ihre Leiter bis zu den letzten Konsequenzen für unumgänglich erforderlich erachte. Anders sehe ich nicht die Möglichkeit, das größte Unglück abzuwenden.“ Es ist sicher die heilige Pflicht jeder gewissenhaften Regierung, keinen Tropfen Blutes unnütz zu vergießen; die Entschuldigung scheint mir aber dahin zu lauten, daß, wenn um jeden Preis dieser Grundsatz jetzt durchgeführt wird, schließlich die Regierung selbst und mit ihr das ganze Land in einem Blutbad ertrinken wird.“

In dem Memorandum lesen wir ferner:

„Was meines Erachtens heute in erster Linie nottut, ist eine absolute Stützung der Autorität der jetzigen Regierung. Die Autorität muß sichtbar für ganz Deutschland und für das Ausland gestützt werden, und zwar so schnell und so gründlich, wie die gefährliche Zusammenhanglosigkeit der deutschen Verhältnisse es gebietet.“ Dafür ist die beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung die unerläßliche Voraussetzung. . . . Die Spannung bis zu ihrem Zusammentritt ist kaum noch zu ertragen. Die ganze innere Unruhe, die bisher fruchtlosen Versuche der Spartakusgruppe und ihrer namenlosen Mitläufer, ebenso das gefährliche Mißtrauen des Auslandes werden auf dieser Spannung und dieser Unruhe genährt.“

Des weiteren verlangt Brockdorff-Rantzau, daß der Unternehmer unbedingt sicher sein müsse, daß er in seiner techn. Arbeit auch die disziplinierte Mitregierung nicht gekemmt werde. Ferner bespricht Graf Brockdorff-Rantzau die Notwendigkeit der Wiederherstellung einer bewaffneten Macht im Hinblick auf die Friedensverhandlungen.

Das im Räte der Volksbeauftragten mitgeteilte von Gaafe und Dittmann gebilligte Memorandum schließt mit den Worten: „Darum möchte man, mit aller Vorsicht, die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte einschränken. Man müßte sie durch Vorträge von Berufenen über die großen Linien der politischen Maßnahmen unterrichten, aber jedem Versuch mit- und durcheinander zu regieren, mit äußerster Energie entgegenzutreten.“

Das etwa sind die Hauptgesichtspunkte, unter denen für mich eine positive Arbeit in der heutigen Lage des Reiches auf dem Gebiete der auswärtigen Politik möglich wäre.

gez. Brockdorff-Rantzau, Deutscher Gesandter, Kopenhagen, den 9. Dezember 1918.“

Als die Unabhängigen dann aus der Regierung austraten, weil ihnen der Rat feste Verantwortung zu tragen und weil sie glaubten, als Opposition ihre Parteinteressen besser fördern zu können, die ihnen weit über dem Wohl des Volkes und der Arbeiter standen, wandten sie sich zum Teil mehr der Rätepolitik zu und verleugneten, was sie vorher selbst gutgeheißen hatten. Ruffische sind von den Unabhängigen ausdrücklich voraus gutgeheißen worden. Ihre spätere maßlose Enttäuschung darüber war nur Komödie, bestenfalls eigener Gesinnungswechsel. Stellen wir fest:

Scheidemanns Politik, den Gewaltfrieden außerordentlich abzulehnen, war am 10. Dezember 1918 von Gaafe, Rautsky und Dittmann den Vertrauensmännern der U. S. P. in der Regierung, ausdrücklich gutgeheißen worden.

Rosses Politik, ein neues Heer zu schaffen, um die Ruffen von links niederzuschlagen, war am 10. Dezember 1918 von Gaafe, Rautsky und Dittmann, den Vertrauensmännern der U. S. P. der Regierung ausdrücklich gutgeheißen worden. Unabhängige sind die Täter der Politik, die Rosses dann seit dem 5. Januar 1919 verfolgt hat. Der Gedanke der Rossespolitik kommt von der U. S. P.

Es ist ein glücklicher Umstand, daß Graf Brockdorff-Rantzau gerade jetzt die Dokumente über seine Regierungstätigkeit herausgegeben hat, aus denen diese Tatsachen unweifelhaft hervorgehen. Sie werden vollständig bestätigt durch die Erinnerung des früheren unabhängigen Volksbeauftragten Emil Barth. Darnach wird man es bezweifeln können, daß auf der kommunistischen Geheimkonferenz, die am 27. und 28. April abgehalten hat, über welche die preussische Regierung jetzt einen Bericht ausgibt, Frau Fara Zettin erklärt hat, die Unabhängigen seien an „Schandtat“ der mehrheitssozialistischen Regierungsmänner in vollem Umfange mitschuldig und infolge ihrer ewigen Unfähigkeit und Unaufrichtigkeit noch tiefer einzuwickeln als die Mehrheitssozialisten. Herr Dittmann, der das Programm des Grafen Rantzau gebilligt hat, steht heute an der Spitze der Reichswahlliste der U. S. P. Die Partei wird von sich behaupten nicht abschlüsseln können, daß sie selbst all das anvertraut hat, was sie heute als Dummheiten und Verbrechen Scheidemanns und Rosses ausgeben möchte!

tanen, was weiter als eine Waffe nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen das linksliberale Bürgerium? Oder gab es im kaiserlichen Deutschland einen liberalen Minister oder nur höchsten Verwaltungsbeamten? Oder wurde im kaiserlichen Deutschland nicht jeder Sozialdemokrat von den Behörden, den Gerichten, im Gees mit härtestem Mißtrauen betrachtet, schikaniert und als „Staatsgefährlich“ bekämpft?

Diese selben Behörden, diese selben Richter stellen sich fast restlos dem nachrevolutionären Deutschland zur Verfügung, sind in fast noch gleicher Zusammensetzung im Dienst der sozialistischen Einschlag besitzenden Republik tätig.

Sind sie nun „unpolitisch“? Laufend Vorfälle, kleine und große, Duzend Urteile und Urteilsbegründungen haben bewiesen, daß das keineswegs der Fall ist. Der Rapp-Busch brachte in Fülle tragische Beispiele, wie „unpolitisch“ Behörden und Heer, die gesamte höhere Verwaltung und sonstige amtliche Stellen sind. Von den Amtsträgern, die mehr oder weniger verführt für die Rapp-Beute Propaganda machten, über die höheren Post- und Polizeibehörden, die mehr oder weniger verführt Rapps Geschäfte betrieben, bis zu den höheren Verwaltungsstellen, die sich in den Dienst der „Regierung der Tat“ stellten. Wann ist das preussische oder das deutsche Heer je unpolitisch gewesen?

Wider und Zeichen liegen also vor, um die Frage vor dem Unpolitischsein der Behörden, des Heeres als Lüge, als grobe Täuschung zu entlarven. Keine menschliche Rasse, auch die Beamten-, Richter- und Offizierskaste nicht, wird je unpolitisch sein. Zwar werden gerade höhere Verwaltung und Offiziere in Anbetracht ihrer besonderen Stellung ihre Politik selten einer Partei unterordnen, aber sie werden selbst Partei sein und zwar eine Partei, die in der rückwärtslosesten Weise in die Politik hineinknüpft.

Es kann also unser Weg nicht nur sein Demokratisierung der Verwaltung und des Heeres, er muß sein Sozialisierung dieser Einrichtungen. Sozialisierung nicht im allgemeinen üblichen wirtschaftlichen Sinne, sondern als Erfüllung der Menschen, die in den Behörden und im Heere Dienst tun, mit der sozialistischen Lebens- und Gesellschaftsauffassung. Behörden und Heer, sie sollen dem Sozialismus verhaftend und wissend gegenüberstehen, sie müssen freigemacht werden von der orthodox-reaktionären Lebensanschauung der einen Hirten und der großen Schafherde.

Leute müssen in die Verwaltung und in das Heer hinein, die nicht sich einbilden, „unpolitisch“ zu sein, weil sie die Welt durch die reaktionäre Brille betrachten.

Darum sei unser Ruf: Durch Demokratisierung zur Sozialisierung der Behörden, des Militärs!

**Reaktionäre Treiberlein in Mecklenburg.**

Trotz des Mißerfolges des Rapp-Busches scheinen die Reaktionäre Mecklenburgs immer noch nicht vollständig auf ihre Pläne verzichtet zu haben. Der Sicherheitspolizei unter der Leitung des Obersten Lange gelang es in der letzten Zeit, eine Vorkriegs-Organisation an einigen Punkten aufzubauen. Am 16. April hob diese Polizei den Geheimbürochef Lettow-Vorbeds auf, wobei wichtiges Material in ihre Hände fiel. Zahlreiche Spiegel überprüften alle politischen Parteien Mecklenburgs, soweit sie nicht nach rechts gerichtet sind. Ferner wurde am 13. Mai in einer Scheune bei Güstrow Waffen und Munition gefunden, die vom ehemaligen Oberleutnant im Zeitfreiwilligenbataillon in Güstrow, Wob, dort als Maschinenwache zur Aufbeahrung gegeben worden waren.

**Zum Abzug der Franzosen aus dem Maingau**

bemerkte die „Frankfurter Zeitung“:

Die Belegung unserer Mainstädte, die Verwendung schwarzer Kruppen, manche Zwangsarbeiten, bei denen Tote und Verwundete zu beklagen waren, zahlreiche Militärgerichtsverurteile und andere Strafen — all dies was dem betroffenen Gebiet Schmerzen und schwere Schäden bereitet hat war nicht ohne Wirkung auf das Urteil der Welt. Ueber die verchiedenen Zwischenfälle, bei deren Feststellung und Beurteilung die Dezentralität behindert war — wie immer, wenn Militär beteiligt und Belagerungszustand verhängt ist — wird noch Einiges zu sagen sein. Das ist um so nötiger, als falsche Gerüchte und die zum Teil höchst liebliche Berichterstattung auswärtiger Zeitungen, vor allem Berliner Blätter, Tatsachen teils erdichtet, teils übertrieben haben, denn es kann heute schon gesagt werden, daß die Besatzungstruppen sich im allgemeinen nicht anders betragen haben als gut disziplinierte Mannschaften sich zu benehmen pflegen, die aus Menschen bestehen. Trotzdem: die Welt hat den französischen Militarismus in voller Wülle gesehen, sie hat gesehen, wie dieser unheimliche Baum seine Schatten über deutsches, durch einen Friedensvertrag scheinbar gesichertes deutsches Land geworfen hat, — sie hat Karas, Maschinengewehre und Kriegsgerichte über den Maingau hinweggeschritten sehen, und sie

# Politische Uebersicht.

## Demokraten und Volksparteiler.

Unter der Ueberschrift „Renegatenmoral“ schreibt die demokratische „Frankfurter Zeitung“:

Die „Nationalliberale Correspondenz“ ist so unvorsichtig, die erste Wählrede des Herrn Dr. Wiemer für seine neue Partei (Verlin, 9. Mai) im Wortlaut zu veröffentlichen. Da heißt es von dem Generalstreik zur Abwehr des Rapp-Busches zuerst, er sei unnötig gewesen, dann aber fährt Dr. Wiemer fort:

„Aber nehmen wir an, der Generalstreik sei nötig gewesen; nicht nötig aber war es jedenfalls, daß die demokratische Partei ihn proklamierte. Hätte sie geschwiegen, wäre es genau so gekommen, wie es gekommen ist, und Laufenden ihrer Anhänger wäre ein schwerer Gewissenskonflikt erspart geblieben.“

Das ist ja eine herrliche Moral! Die echte Moral des Spießbürgers, und die Spießbürgerpartei des Herrn Dr. Stresemann wird das Wort des neuen Führers Wiemer mit Begüte-

lung auf ihre Fahne schreiben. Das sind die Leute, die immer fürs Steuerzahler sind, — soweit die andern zahlen; immer für längeres, intensiveres Arbeiten — der anderen; immer weitergehende Annexionen fordern, für die im Schützengraben — andere bluten durften. Generalstreik? . . . na, wenn schon, dann hätte man doch den Sozialdemokraten allein die Verantwortung lassen sollen! Aber daß die demokratische Partei machte auf die Gefahr hin, Wiemer und Knaplan, die sie längst ins Gefäß gestellt hatte, noch ganz zu verlieren, das war strafwürdiger Reichtum. Die Wahlsituation der Deutschen Volkspartei appelliert an die Weidenanfänge des Spießers, und die Moral des Herrn Dr. Wiemer liefert ihr dazu ein gutes neues Schlagwort.

### Die Lüge: „Unpolitisch“.

Zeit, höchste Zeit ist es, daß endlich aufgeräumt wird mit der Phrase vom Unpolitischsein der Verwaltung, der Behörden, des Heeres. Schaben genug hat sie uns wahrhaftig getan, diese Lüge. Gab es noch jemanden, der glaubte, Heer und Verwaltung seien unpolitisch, dem sollte der Rapp-Busch das Gegenteil gründlich genug gezeigt haben. Was war im kaiserlichen Deutschland die Bestimmung, daß Heer und Behörden unpolitisch seien, weiter als Chloroformierung, Einschläferung der braven Unter-

# Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgenjeff.

Arkadi erwiderte nichts und klopfte an die Tür der Wohnung, die Frau Odinzoff inne hatte. Ein junger Rivrededienter führte die beiden Freunde in ein großes Zimmer, das wie alle Zimmer in den russischen Gasthöfen, schlecht möbliert, aber mit Blumen geschmückt war. Kurz nachher erschien Frau Odinzoff selbst. Sie trug ein einfaches Morgenkleid. Im Schein der Frühlingssonne schien sie noch viel jünger. Arkadi stellte ihr Bajaroff vor, und zu seinem großen Erstaunen bemerkte er, daß er etwas verwirrt schien, während Frau Odinzoff dieselbe vollkommene Ruhe zeigte wie am Abend vorher. Bajaroff lächelte selbst, daß er verwirrt war, und das ärgerte ihn.

Das ist eine schöne Geschichte — das Frauenzimmer macht mir Angst! dachte er und sich in einen Sessel werfen, wie es selbst Sitnikoff nicht schlechter gekonnt hätte, begann er mit übertriebener Angezogenheit zu reden, während Frau Odinzoff ihn unverwandt mit ihren klaren Augen beobachtete.

In einem Sessel zurückgelehnt und die Hände übereinander gelegt, hörte Frau Odinzoff Bajaroff zu. Gegen seine Gewohnheit sprach er ziemlich viel und war offenbar bemüht, sie zu interessieren — für Arkadi ein neuer Grund des Erstaunens. Aber es wäre ihm schwer geworden zu entscheiden, ob Bajaroff sein Ziel wirklich erreicht hatte. Ihre Empfindungen waren nur sehr unbestimmt in ihren Zügen ausgeprägt: ihr Antlitz bewahrte fortwährend denselben lebenswichtigen, feinen Ausdruck; ihre schönen klaren Augen waren stets aufmerksam, aber ihre Aufmerksamkeit belebte sich nicht. Bajaroffs seltsame Manieren hatten sie während der ersten Minuten ihrer Unterhaltung unangenehm berührt, etwa wie ein iübler Geruch oder ein schriller Ton; aber sie merkte bald, daß er verlegen war, und das schmeichelte ihr. Nur Trivialität war ihr unerträglich, und etwas Triviales hatte Bajaroff sicherlich nicht an sich. Was

Arkadi betrifft, so sollte er an diesem Tage aus seinem Erstaunen nicht herauskommen. Er hatte erwartet, daß Bajaroff mit einer so intelligenten Dame, wie Frau Odinzoff, von seinen Ueberzeugungen und Ansichten reden werde: hatte sie doch zum voraus den Wunsch zu erkennen gegeben, mit einem Mann zu plaudern, der „die Nüchtheit habe, an nichts zu glauben.“ Aber statt dessen sprach Bajaroff mit ihr von Medizin, Homöopathie und Botanik. Es zeigte sich, daß Frau Odinzoff die Worte ihrer Einseitigkeit nicht unbenutzt gelassen: sie hatte manches gute Buch gelesen und sprach ein sehr korrektes Russisch. Sie brachte das Gespräch auf Musik, da sie jedoch merkte, daß Bajaroff nichts von der Kunst hielt, leitete sie es allmählich auf die Botanik zurück, obgleich Arkadi bereits angefangen hatte, eine Abhandlung über die Volksmelodien zum besten zu geben. Frau Odinzoff fuhr fort, ihn wie einen jüngeren Bruder zu behandeln: sie schenkte ihm die Gütmütigkeit und Aufrichtigkeit der Jugend zu schätzen — weiter nichts.

Diese ruhige, wechselnde und lebhaft Unterhaltung dauerte über drei Stunden.

Endlich standen die beiden Freunde auf und schiedten sich an, Abschied zu nehmen. Anna Sergejewna sah sie freundlich an, reichte beiden ihre schöne weiße Hand und sagte dann nach kurzem Besinnen mit einem unentschiedenen aber wohlwollenden Lächeln: „Wenn Sie die Langeweile nicht fürchten, meine Herren, so besuchen Sie mich in Nikolskoje.“

„Ich bitte Sie, Anna Sergejewna,“ rief Arkadi, „ich halte es für ein besonderes Glück . . .“

„Und Sie, Herr Bajaroff?“

Bajaroff verbeugte sich nur — und Arkadi hatte nochmals Gelegenheit, in Erstaunen zu geraten; er bemerkte, daß sein Freund erröte.

„Nun?“ fragte er ihn, als sie die Straße erreicht hatten, „bis du noch immer der Ansicht, sie sei nur — hm hm?“

„Wer weiß? Sie hat sich so zugedrückt gehalten!“ erwiderte Bajaroff, und nach kurzem Schweigen setzte er hinzu: „Sie ist eine Herzogin, eine wahre Herrscherin! Es fehlt ihr nur noch die Schleppe und die Krone auf dem Kopfe.“

„Unsere Herzoginnen sprechen nicht so gut russisch wie sie,“ bemerkte Arkadi.

„Sie hat manche Erfahrung gemacht, mein Lieber; sie hat das Brot gegessen, das wir essen.“

„Aber sie ist darum nicht minder enttäuschend,“ sprach Arkadi.

„Welch ein prachtvoller Körper!“ fuhr Bajaroff fort; „das wäre ein Exemplar für den Seziersch!“

„Um Gottes willen, Eugen, hör doch auf! Du bist geradezu abgelaui!“

„Nun, werde nicht böse, fromme Seele. Wie gesagt Primaqualität. Wir müssen sie besuchen.“

„Wann?“

„Meinetwegen übermorgen. Was sollen wir hier machen? Mit der Aufsicht Champagner trinken? Die Beerdigung meines Verwandten, dieses überredeten Beamten, bewundern? . . . Sehen wir uns also übermorgen auf die Achse. Apropos — das Gürtchen meines Vaters liegt ganz in ihrer Nähe. Nikolskoje befindet sich doch an der Straße nach N.“

„Sa.“

„Optime. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Zur Dummköpfe verlieren ihre Zeit — und superkluge Leute. Ja wiederhole: ein prachtvoller Körper!“

Drei Tage später rollten die beiden Freunde auf der Landstraße nach Nikolskoje dahin. Das Wetter war schön, die Hitze nicht zu stark und die wohlgenährten Berse trafen recht munter, wobei sie leise mit den gestützten und aufgebundenen Schwämmen webelten. Arkadi blickte auf die Straße und lächelte, ohne selbst zu wissen, warum.

„Gruß mir,“ rief plötzlich Bajaroff, „heute ist der 22. Juni — der Tag meines Namenspatrons. Wir wollen leben, ob er sich für mich interessiert. Heute erwarten mich meine Eltern.“

„Siehst er leise hinzu . . . Nun, sie werden sich in ihrer Erwartung getäuscht haben. Was ist da zu machen?“

(Fortsetzung folgt)



# Die Eisenbahner in der Republik.

Von Theodor Auqr, M. d. R.

Das Meer der Eisenbahner ist nicht nur sehr groß, sondern in den künftigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn wir auch voraussetzen dürfen, daß der gesunde Sinn den Eisenbahner den richtigen Weg weisen wird, so erachtet es aber doch notwendig, an die Behandlung des Eisenbahnerpersonals in der Vergangenheit zu erinnern. Vor einigen Tagen hielt der Reichsfinanzminister Dr. Wirth in der Nationalversammlung eine Rede, in der er u. a. sagte:

Wenn man über das radikale Auftreten der Eisenbahner in der Gegenwart gerichtet urteilen sollte, müsse man sich an das Unrecht erinnern, das früher an ihnen verübt worden ist. In allen deutschen Ländern herrschte unbedenklich die Bürokratie. Eine Verhandlung mit den wirtschaftlichen Verbänden der Eisenbahner zu führen, hielt man nicht für notwendig, und so unterblieb denn auch jede gewerkschaftliche Schulung.

Wir können diese Ausführungen des Reichsfinanzministers Wort für Wort unterzeichnen. Auch wir sind der Meinung, hätten die monarchistischen Minister nicht jede gewerkschaftliche Bewegung brutal unterdrückt, dann wäre es vielleicht möglich gewesen, die staatlichen Betriebe zu Musterbetrieben zu machen. Statt dessen bezeichneten wir die politische Rechtsfindung der Beamten und Arbeiter, eine ungenügende Bezahlung und einen von der realistischen Verwaltung großgezügelter Klassen- und Standesbündel. Den Eisenbahnerarbeitern war zum Schein eine Interessenvertretung in Form von Arbeiterausschüssen zugeordnet, die aber keinerlei Mitbestimmungsrecht hatten. Beamtenauschüsse eingerichtet, fräudelte sich die alte Regierung noch im Juni 1918. War schon die Bezahlung für die geleisteten Dienste vor dem Kriege eine ungenügende, so war sie in den Kriegsjahren geradezu unwürdig. Die Reichsregierung, die ganz besonders aus den Kreisen der Beamten kamen, reden dafür eine deutliche Sprache.

Zweit hatte der alte Staat an dem Eisenbahnerpersonal gekündigt, zu groß war die Not in den Eisenbahnerfamilien, und deshalb war es nicht überflüssig, sondern schwere wirtschaftliche Not, die zu den Lohn- und Gehaltsforderungen führte. Ein Vergleich der Einkommensverhältnisse des Eisenbahnerpersonals mit dem der Privatbelegschaft zeigt uns, daß bisher keine unbedingten Forderungen erhoben und durchgeführt worden sind. Wenn nun auch nicht alle Mitleidräume der Eisenbahner erreicht sind, so muß aber doch anerkannt und wird wahrscheinlich auch von jedem denkenden Eisenbahner eingesehen werden, daß die Republik befreit war, das alte an den Eisenbahner vererbte Unrecht gutzumachen. Die volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung ist gewährt. Gewiß, die Betriebsrätefrage, die für die Privatbelegschaft durch Gesetz geregelt ist, und für die Eisenbahner im Besonderen ihre Erledigung finden soll,

ist alles andere als ideal; auch das Beamtenrätegesetz hat immer noch der Erledigung, aber auf der anderen Seite wurden großzügige Reformen geschaffen. Welcher Eisenbahner hätte zum Beispiel noch vor wenigen Jahren den Abschluß eines Tarifvertrages für alle deutschen Eisenbahner und Hilfsbeamten für möglich gehalten? Heute haben wir in allen Ländern mit Eisenbahner-Tarifverträge, die nunmehr nach Übergang der Staatseisenbahnen in den Besitz des Reiches zu einem Reichslohntarif zusammengefaßt werden. Die Mängel, die den Einzelverträgen noch anhaften, werden sicher bei Abschluß des Reichslohntarifs beseitigt.

Für die Beamten ist am 27. März das Besoldungsgesetz von der Nationalversammlung verabschiedet worden. Auch dieses Gesetz weist Mängel auf; kann die Eisenbahnerbeamten nicht voll befriedigen, aber es unterscheidet sich von allen früheren Besoldungsgesetzen dadurch, daß es der Beamtenschaft möglich gemacht wurde, in allen Phasen der Verhandlungen entscheidend mitzuwirken. Schon die Eingruppierungsfrage zeigt insofern einen großen Fortschritt, als aus 180 Besoldungsgruppen 13 geworden sind. Der Begriff „untere, mittlere und höhere Beamte“ ist verschwunden, dem Aufstieg der Tüchtigen der Weg frei gemacht. In der besonderen Betriebszulage für eine Anzahl Gruppen der Eisenbahnerbeamten kommt der Gefahr und Verantwortungsvolle Dienst und die reiche Kräfteabnutzung zur Anerkennung. Die Betriebszulage ist keine glückliche Lösung, aber sie erinnert den neuen Reichstag nachdrücklich daran, daß die Ansprüche des Eisenbahnerpersonals auf eine gütigere Einwirkung berücksichtigt werden müssen. Das Besoldungsgesetz sieht bekanntlich vor, daß die Eingruppierung bis zum 31. Oktober einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden muß, wobei eine Veränderung mit rückwirkender Kraft ab 1. April erfolgen soll. Das Eisenbahnerpersonal darf also damit rechnen, daß das, was in den letzten Monaten heiß erstrebt worden ist, doch noch in Erfüllung geht.

Die durch einen langjährigen wahnwichtigen Krieg vollständig verarmte Republik geht in der Sicherstellung der Existenzverhältnisse der Reichsbeamten und Arbeiter bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit.

Von den Wählern und nicht zuletzt von den Eisenbahnerfamilien hängt es ab, ob künftig die Reaktion oder die Demokratie herrschen soll. Die Entscheidung wird nach allen bisherigen Erfahrungen den Eisenbahner nicht schwer fallen. Sie werden sich an der Wahlurne einfänden, um ihre Stimme abzugeben für die Sozialdemokratie, d. h. für jene Partei, die nicht nur leere Worte im Munde führt, sondern der es, wie wir das nach Ausbruch der Revolution in Bezug auf den Reichstagsentwurf auf die Einführung der Beamten- und Arbeiterräte gesehen haben, bitter ernst ist ihr Programm in die Wirklichkeit umzusetzen.

lungensteins vorbildlich gearbeitet haben. Insbesondere leisteten auch die Baugewerkschaften Hervorragendes. Die Beuten von 1919 sind alle unter Dach. Neu vor mir, daß viele Häuser Mangel an Ziegeln haben. In den Städten wurde mir gesagt, wenn wir Wasser hätten, dann hätten wir auch Ziegel; denn die neugebauten Häuser hätten gar keine Ziegel.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Arbeitsministerium  
Schluß der Sitzung 11 Uhr.

## Badische Politik.

### Das neue badische Besoldungsgesetz.

Der dem Landtag überreichte Gesetzentwurf über das Dienstverhältnis der Staatsbeamten (Besoldungsgesetz) schließt sich eng an die Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung an und sieht als eine Revision auf Ende Oktober 1920 vor. Der neue badische Gehaltsstarif umfaßt 18 Gruppen gegenüber 12 der Reichsbesoldungsordnung. Die unteren Beamten sind in den Klassen 1 bis 6, die mittleren in den Klassen 7 bis 9 und die oberen Beamten in den Klassen 10 bis 13 eingereiht. Das Dienstverhältnis der Staatsbeamten besteht aus dem Grundgehalt, aus dem Ortszuschlag und daneben erhalten die Beamten noch Kinderzuschläge und Teuerungszuschläge.

Nach der dem Gesetzentwurf beigegebenen Uebersicht über die Bezüge für verheiratete Beamte ohne Kinder beträgt das Anfangs- und Endgrundgehalt in der Gruppe 1 4-8000 M und des Teuerungszuschlags nach der mittleren Ortsklasse und des Teuerungszuschlags 8100-12000 M. In diese Gruppe fallen die Richter, Gartenarbeiter, Sicherheitspolizeinämter, Schenk- und Landstrafen- und Hüter.

Die Gruppe 2 umfaßt die Amtsgehilfen, Bedelle, Förster, Geizler, Maschinenwärter, Büchsenwärter usw. Bei ihr beträgt Anfangs- und Endgrundgehalt 4300-6400 M und einjährlicher Ortszuschlag und Teuerungszuschlag 8550-12800 M. — Gruppe 3, umfassend die Hausmeister von größeren Dienstgebäuden, Amtsgehilfen, Kanzleihilfen, Aufseher, Gärtner, Güteraufseher, Postwärter, Gendarmen und Schulmänner, bezieht im Anfangs- und Endgrundgehalt 4800-6900 M und einjährlicher Orts- und Teuerungszuschlags 9000-13350 M. — Gruppe 4, umfassend Hausmeister im Landtag, und den Ministerialgehilfen, Kanzleihilfen, Oberaufseher, Werkführer, Kriminalakademiker, Gendarmenachtmesser, Schiffsführer und Schiffsmaschinisten usw. erhält 5000-7500 M und einjährlicher Ortszuschlag 10050-14700 M. — Gruppe 5 umfaßt die Assistenten, Wachtmeister der Sicherheitspolizei und erhält 5400-8100 M Anfangs- und Endgrundgehalt und einjährlicher Ortszuschlag 10650-15600 M. — Gruppe 6, umfassend die Finanz-, Verwaltungs-, Justiz-, usw. Sekretäre, Zeichner, Gerichtsbeschreiber, Kultur-, Straßen- und Brückenmeister, erhält 5900-8700 M und einjährlicher Ortszuschlag 11700-18950 M. — Gruppe 7 umfaßt die Oberrevisoren, Oberfinanz-, Oberverwaltungs-, Oberjustiz- und Oberbausekretäre, Polizei-, Oberverwaltungs-, Oberjustiz-, Hauptlehrer, Handarbeits- und Haushaltungslernrinnen. Sie erhalten 6200-9600 M und einjährlicher Ortszuschlag 12300-17800 M. — Die Gruppe 8 umfaßt die Oberrevisoren, Obersekretäre in gehobenen Stellen, Ob- und Weinbauinspektoren, Hauptlehrer, Handarbeits- und Haushaltungslernrinnen mit mehr als 12 Dienstjahren, Turnlehrer usw. Sie erhalten 6800-10200 M Anfangs- und Endgrundgehalt und einjährlicher Ortszuschlag 13200-19200 M. In Gruppe 9 sind untergebracht die Rechnungs- und Provinzialbeamten, die xantener, Landgerichtsekretäre, Land- u. Forstmeister, Polizeilehrer, Molekular-, Aufseher, Turnlehrer, usw. Sie erhalten 7200-10800 M Anfangs- und Endgrundgehalt und einjährlicher Ortszuschlag 14100-21400 M. — Gruppe 10 umfaßt die Ministerialobersekretäre und Provinzialobersekretäre, die Richter, Buch-, Verwaltungs-, Gewerbe-, Handels-, Zeichen-, Musik-, Schul-, Schulinspektoren, und Gemeindefunktionsbeamten, die Regierungsbeamten, Amtmänner, Hilfs- und Staatsanwälte, Professoren und die Räte der Zentralbehörde,

ferner die Bezirksärzte, Amtsrichter, die Fachlehrer mit mehr als 12 Dienstjahren, Kreisrichter, Professoren. Die Gruppe 10 erhält als Anfangs- und Endgrundgehalt 8400-12800 M und einjährlicher Orts- und Teuerungszuschlag 16500-23700 M. — Die Gruppe 11 umfaßt die Räte der Zentralbehörden in gehobenen Stellen, die stellv. Landgerichtsdirektoren, die Amts-, Oberamtsrichter, Staatsanwälte, Landgerichtsräte in gehobenen Stellen, die Professoren in gehobenen Stellen, Direktoren der Fachschulen. Hier beträgt Anfangs- und Endgrundgehalt 9700-14500 M und des Gehalt einjährlicher Ortszuschlag 12450 bis 26350 M. — Bei Gruppe 12, umfassend die Oberregierungs-, Oberfinanz-, Oberforst-, Oberbau- und Obermedizinalräte, die Oberamtmänner, die Direktoren der Heilanstalten, Amts- und Landgerichtsdirektoren, Oberstaatsanwälte und Direktoren der Landesstrafanstalten, beträgt Anfangs- und Endgrundgehalt 11700-18800 M und einjährlicher Ortszuschlag 21150-30000 M. — In der letzten Gruppe 13 sind vereinigt die Ministerialräte, Oberfinanzräte, Landeskommissare, Oberstaatsanwälte, der Landgerichte Karlsruhe und Mannheim und Landgerichtspräsidenten. Hier beträgt Anfangs- und Endgrundgehalt 18200-20000 M und die Gehalte einjährlicher Ortszuschlag 25800-38000 M.

Es folgt noch eine Gruppe B 1 bis 4, enthaltend Einzeljahresgehälter und zwar einjährlicher Ortszuschlag 39000 M für die Präsidenten der Wasser- und Straßenbaudirektion und der Staatsschuldenverwaltung, Landgerichtspräsidenten in Karlsruhe und Mannheim und den Generalstaatsanwalt. 43500 M beträgt das Gehalt einjährlicher Ortszuschlag für die Ministerialdirektoren, den Gefandten in Berlin, den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Präsidenten der Oberrechnungskammer. Das Gehalt der Minister beträgt 50500 M und dasjenige des Staatspräsidenten 68000 M. — Zu berücksichtigen ist bei allen diesen Zahlen, daß für verheiratete Beamte mit Kindern noch die Kinderzuschläge hinzutreten. Die Beamten erhalten für jedes unterhaltspflichtige Kind bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr monatlich 40 M, bis zum vollendeten 14. Lebensjahr monatlich 50 M und bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 60 M. Wenn die Kinder ein eigenes einkommensteuerpflichtiges Einkommen haben, fällt der Zuschlag weg.

Ihr Besoldungsordnung wird uns von einem mittleren Beamten geschrieben: Die Not der Zeit zwingt die Festbesoldeten heute mehr denn je, ihr Augenmerk vorwiegend der wirtschaftlichen Seite des Gesetzentwurfes zuzuwenden. Ist dies auch verständlich, so darf darüber doch keineswegs die rechtliche Seite der Vorlage übersehen werden. Betrachtet man diese nur in letzterer Hinsicht etwas eingehender, so kann man Bestimmungen entdecken, die man heutzutage in einer beamtentechnischen Vorlage nicht mehr Raum gewinnen lassen sollte. Wäre es z. B. nicht endlich an der Zeit, Beamte mit einwandfreier Dienstführung automatisch, d. h. nach Umfluß einer gesetzlich festzulegenden Dienstzeit in die jeweils in Betracht kommenden Beförderungstellen vorrücken zu lassen? Unsere Lehrschrift ist dieses Vorzeugs — nach dem Entwurf zu schließen — teilweise geworden, was ihr gewiß von der freibeitlich gekündeten Beamtenchaft von Herzen gegönnt wird. Warum behandelt der Entwurf die Beamten gegenüber den Lehrern „rechtlich“ verschieden? Bezüglich ihrer wird das Vorrücken genau wie früher im Obrigkeitstaate ins Aufgabebereich der jeweiligen Verwaltung gewiesen. Das aber bedeutet eine Entrechtung der Beamten, eine erneute Anerkennung und Verankerung des alten Abhängigkeitsverhältnisses der Massen des mittleren und unteren Beamtenums gegenüber. Das muß unbedingt verhindert werden. Die freibeitlich gekündete Beamtenchaft will nimmermehr vom „Wohlwollen“ anderer abhängen; sie läßt sich nicht mehr zurückziehen in die alten, von reaktionärer Arbeitstradition durchsetzten Zeiten.

Tausende mittlerer und unterer Beamte richten ihre Blicke jetzt zu unjurer Volkserhebung hin. Von ihr, besonders aber von unseren sozialistischen Abgeordneten, erwarten sie Befreiung der Gefahren für die Freiheit der Beamten.

hat wahrgenommen, daß es der französische Militarismus ist, der Europa nicht zur Ruhe kommen läßt, sei es in Frankfurt, sei es in Wien, — sei es in San Remo, sei es in Spa. Und während sich so Frankreich präsentierte, konnte Deutschland auf die unantastbare Haltung der überwältigenden Mehrheit seiner Bevölkerung und auf den guten Willen einer mit einem Uebermaß von Laß und Sorge überhäuften Regierung verweisen. Die deutsche Demokratie kann sich die Räumung des Rheingaus, die wir als das Symptom einer Entwicklung betrachten wollen, als Erfolg werten."

## Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 18. Mai.

### 39. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Spengler (Ztr.) betr. Herabgabe von Paraden aus Landesbehörden teilt Minister Remmele mit, daß dies Reichsangelegenheit ist, daß hierüber Verhandlungen zwischen Landesfinanzamt und Generaldirektion schweben und daß das Ministerium bemüht ist, die Paraden den Bedürfnissen des Verkehrs zugänglich zu machen.

### Wahl eines Staatsrates.

In Stelle des Finanzministers Köhler (Ztr.) wird Kandidat Georg von End (Ztr.) in Ostfriesland durch Zuzug zum Staatsrat gewählt, der, wie Präsident Kopf mitteilt, die Wahl annimmt.

### Justizetat.

Abg. Karl (D.M.) will sich als Laie zum Justizetat äußern, mit dem hinreichend begründeten Verdacht, nicht viel davon zu verstehen. Die Parteiberrichter bringe die Gefahr, die Rechtsprechung der Macht zu machen. Aus der Schlammschüssel der Korruption ragt der deutsche Richter als Fels des Rechts hervor.

### Abg. Weismann (Soz.).

Auch wir treten dafür ein, daß die Richter unparteiisch sind. Wir denken aber gegenüber Herrn Karl an die schweren Zeiten, wo dies nicht der Fall war. Vor allem an die Zeit des Sozialistengelezes, in der man tausend Jahre Gefängnis und Justizhaus über Sozialdemokraten verhängte, weil sie den Staat in ihrem Sinne aufgebaut wissen wollten. Eine andere Verfolgungsperiode waren die Majestätsbeleidigungssprozesse, die ungeheure Mißstände brachten. Jeder Gegner, der Bemerkungen über den Kaiser machte, was kaum zu umgehen war, wurde bestraft. Damals war die Unparteilichkeit des Richters sehr gefährdet. Wurde damals ein Sozialdemokrat freigesprochen, so wandte sich die Presse, die Herr Karl befreundet ist, dagegen mit der Begründung, daß ein Sozialdemokrat immer schuldig ist. Man kann über den Erbbergs-Prozess denken wie man will — der Attentäter v. Hirshberg wurde außerordentlich milde mit 1 1/2 Jahren bestraft; frühere Attentäter wurden härter bestraft.

### Einzelberatung.

wünscht Abg. Sabernski (D.M.) höhere Gebühren für die nach Forstheim reisenden Untersuchungsrichter. (Abg. Marum: Es ist ja bereits mitgeteilt worden, daß höhere Gebühren gewährt werden.) Justizminister Trunk: Das Justizministerium tat alles auf Abstellung dieses Mißstandes und eine Neugestaltung ist bei der Beschäftigung auf dem Wege.

Abg. Weismann (Ztr.) empfiehlt bei der Fürsorgeerziehung die gefährdeten Kinder in Familienziehung zu geben und wünscht konfessionelle Anstalten bei der Fürsorgeerziehung.

Justizminister Trunk erklärt nur einen besseren Ausbau der Anstalt Lehrlingen im Auge zu haben, keine Vergrößerung. Wir wollen schon in der Anstalt Familiengruppen bilden, um die Böglinge individualistisch zu fassen.

Abg. Marschall (Soz.): Bei der Fürsorgeerziehung sollte man die Kinder in Familien unterbringen, da diese viel wirksamer ist als die Massenerziehung. Bei der Unterbringung der Kinder in Massenanstalten entstehen fittliche Gefahren; man sollte deshalb die kleinen Anstalten bevorzugen. Auch spielt der Staat bei der Anstaltserziehung eine zu große Rolle; man sollte mehr durch Güte wirken. Wenn die Kinder aus den Anstalten kommen, so sollte man sie in entsprechende Familien bringen, wobei sie entlohnt werden sollten, um mögliche Rückschlüsse zu verhindern.

Justizminister Trunk weist auf die Besserung in der Fürsorgeerziehung hin. — Abg. Mayer-Karlruhe (D.M.) und Abg. Dr. Baumgärtner (Ztr.) freuen sich über die Anerkennung der Familienziehung seitens der Sozialdemokratie.

Abg. Marschall (Soz.) betont gegenüber dem Redner, daß das sozialdemokratische Programm ganz und gar keine Massenerziehung verlange. Schon Dresbach erklärte, daß Familienziehung der Massenerziehung vorzuziehen sei. Nur wo keine Familienziehung möglich ist, Anstaltserziehung am Platze.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) stellt ebenfalls auf dem Standpunkt der Familienziehung; es ist nicht richtig, daß Zwangsorgane an den Mißbittenen vergeben würden.

Der Voranschlag des Justizministeriums wird einstimmig genehmigt; die gewählten Administrativkredite werden nicht beantragt.

### Voranschlag des Arbeitsministeriums.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet namens der Kommission über den Voranschlag des Ministeriums für soziale Fürsorge und öffentliche Arbeiten, der im ordentlichen Etat 16,7 Millionen, im außerordentlichen Etat 42,5 Millionen beträgt. Die Kommission beantragt Annahme des Voranschlags, über den wir an Hand der Kommissionsberichte bereits eingehend unterrichtet sind.

Arbeitsminister Müller weist darauf hin, daß der Administrativkredit vor Zusammentritt des Landtags notwendig war.

Abg. Geurich (Ztr.): Das Arbeitsministerium war ein Bedürfnis und die Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes ist zu begrüßen. Ebenso ist die engere Zusammenfassung des Wohnungswesens und der sozialen Fürsorge zu begrüßen. Auch der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen sollte unterstützt werden; nicht nur der Bund der Kriegsbeschädigten. Die Stellung als Kontrollreue im Gewerbeaufsichtsamts als Staatsgehilfe mißfällt uns; die Kontrollreue müssen in Betrieben wo die Arbeiter in Massen stehen. Die Einstellung von 25 Millionen für Kaufschuldschüsse und Kaufstendarlehen zur Förderung des Wohnungswesens ist zu begrüßen. Die überschüssigen Piegelsteine im badischen Hinterlande sollten auch dem übrigen Teil des Landes zugute kommen. (Widerpruch des Abg. Vertle (D.M.). Im badischen Hinterlande besteht überhaupt keine Kaufkontrolle. Abg. Hertle: Zweifel wird kontrolliert.)

Arbeitsminister Müller: Dem Abg. Geurich dürfte bekannt sein, daß im ganzen Etat keine neuen Stellen geschaffen worden sind. Die werden im Nachtrage verlangt. Deshalb konnten auch für die Arbeiterkontrollreue keine etatsmäßigen Stellen geschaffen werden. Sie werden jedoch im Nachtrage etatsmäßig werden und auch künftig als Gewerbeaufsichtreue bezeichnet werden. Wäher sind nur seitens der Arbeiterkontrollreue noch keine Klagen vorgebracht worden. Der Verband der Kriegsbeschädigten hat keinen Antrag auf Zuweisung gestellt; der Bund der Kriegsbeschädigten tat dies; unverlangt können wir jedoch keine Zuweisungen machen. Gelegentlich eines Besuchs des Staatssekretärs Geib und des Geheimrats Gaab stellten die seit, daß wir in Baden auf dem Gebiete des Bau- und Siede-

auf der...  
...schon...  
...trab...  
...auf die...  
...ist der...  
...wollen...  
...werden...  
...da...



Die Beamtenschaft scheint hier bereit zu sein. Es wäre eine dankbare Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion, in dieser Hinsicht die Führung zu übernehmen. Sie würde dadurch eine wesentliche Voraussetzung schaffen für die freiherrliche und demokratische Durchdringung des Beamtentums. Wir brauchen Beamte, die mit beiden Füßen auf dem Boden der Neuzeit stehen. Mögen unsere Abgeordneten diesen Boden bereiten helfen — der Beamten sind genug, die ihn freudig mit Geist und Herz betreten und gegenüber der Reaktion vertheidigen.

Revolution und Religion.

Wenn man in vergangenen Zeiten von Revolutionen sprach, da tauchte sofort das Gespenst auf, daß die Religion ernstlich in Gefahr komme. Die deutsche Revolution hat diese Auffassungen ernstlich Lügen gestraft. Wenn auch das Zentrum jetzt vor den Wahlen die Kopanz von der gefährdeten Religion aufstellt, so hat der Verlauf der deutschen Revolution doch bewiesen, daß Kirche und Religion unter republikanischer Herrschaft nicht nur nicht bedroht sind, sondern sogar besser fahren als unter monarchistischem Zwang. Dies mußte insbesondere im badischen Landtag anerkannt werden, wie aus nachfolgenden Ausführungen hervorgeht, die ihren Lesern mitteilen wir den Zentrumsblättern im Interesse der Objektivität empfehlen. Nicht nur demokratische Gesellschafter sondern auch der Zentrumsabgeordnete Wiltmann mußte zugeben, daß gegenüber dem bisherigen Staatskirchentum der § 18 der badischen Verfassung recht viele Fortschritte bringt, daß er der Kirche größere Freiheiten gibt, als sie bis jetzt gehabt hat. Staatsoberherrlichkeit und Staatsvormundschaft fallen. Sie fallen namentlich auch mit Hilfe der Sozialdemokratie.

Diesem mannbaren Bekenntnis der Anerkennung der sozialdemokratischen Tätigkeit sei eine deutsch-nationale Feststellung angefügt, die beweist, daß auch in der Bewegung der Revolution die Bedeutung der Religion gewahrt wurde. Am 20. März 1919 erklärte der deutsch-nationale Pfarrer Karl im badischen Landtag:

„Als nach der wilden Brandnacht des Kriegsendes und des Revolutionärausbruchs in Bezug auf den Religionsunterricht sich auch auf Seiten derer, die man für die absoluten Gegner des Religionsunterrichts hielt, Verständnis und Entgegenkommen sich offenbarte, da waren wir alle herzlich berührt und dankbar.“

Vielleicht genügen diese Feststellungen, um die Zentrumsreise zu veranlassen, das Gespenst von der gefährdeten Religion zu bannen.

Hochschule und Krone.

Angefaßt der Tatsache, daß Späbysantinern auch heute noch deploriert die Verdienste von alten reichen Kronen und Kränzen um die Wissenschaft denjenigen der jungen Republik stark übertrieben gegenüberstellen, mag ein Urteil interessieren, das der Karlsruher Professor Dr. Willy Hellpach in einer interessanten Artikelserie über die Karlsruher Technische Hochschule und Krone äußert. Der bekannte Forscher und Psychologe schreibt:

„Der alte Staat, den so mancher Hochschüler als ein Ideal von Sachlichkeit, Leistungsfähigkeit, Anständigkeit und Erfolg preisen zu müssen glaubt, hat in der Angelenheit (räumliche) Verhältnisse der Technischen Hochschule gar nichts getan. Er konnte schwer etwas Vernünftiges tun, weil seine eigene Spitze, die Krone, der Technischen Hochschule zwar mit platonischen Sympathien gegenüberstand, aber mit ihrem eigenen Grundbesitz dem Schicksal zugleich jeder organische Wachstumsmöglichkeit erschwerte.“ Dieser einseitige Hinweis auf das Vorantreten von materiellen Selbstinteressen über hingebungsvollen Idealismus dürfte nicht nur aufklärend wirken, sondern auch einen Beitrag über Materialismus und Idealismus bei den oberen Klassen liefern.

Wie steht es mit der politischen Neutralität? Aus Bruchsal wird uns geschrieben: In der „Bruchsaler Zeitung“ vom Dienstag ladet die Deutsche Demokratische Partei alle Beamten Bruchsal zu einer öffentlichen Versammlung mit freier Aussprache auf Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, in den weißen Saal des Richterhofes ein mit dem Hinweis: Vortrag des Oberrevisors Richter-Karlsruhe über „Die Not der Beamten und das Wirtschaftsleben“. Gleichzeitig hat der Ver-

Die Beamtenschaft und die kommenden Wahlen.

Von Landrichter Ernst Ruben (Berlin) Mitglied des Reichsbeamtenbetrats.

Die Beamtenschaft hat in den verflochtenen 1 1/2 Jahren reichlich den Gegenjah ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Lage gegenüber den Zeiten des alten Obrigkeitsstaates gefühlt. Waren die Beamten borden unfrei und politisch Staatsbürger zweiter Klasse, so sind sie jetzt freie und gleichberechtigte Mitglieder des Volkes geworden. Sie dürfen heute öffentlich ihre Ueberzeugung bekennen und für die Besserung der wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse ihres Berufsstandes eintreten. Wenn auch noch viele sich nicht innerlich freimachen können, so schwillt doch die Zahl derer von Tag zu Tag an; die erkannt haben, daß nur durch Sicherung der freiherrlichen Rechte auch ihr eigenes Wohl gefördert werden kann.

Nicht leichte Arbeit liegt hinter denen, die an der Spitze der sozialdemokratischen Beamtenschaft stehen.

berufen waren, die große Masse der Beamtenschaft aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwecken. Die zaghaften Mühen ermuntert bei ihrem instinktiven Anstupsen gegen die noch immer bestehenden reaktionären Mächte, wobei manche in mißverständlichen Freiheitsdränge auf falschem Wege vorwärts stürzten.

Will jemand leugnen, daß es die Führer der sozialdemokratischen Partei gewesen sind, welche, als sie der gesamten Arbeiterschaft die Freiheit brachten auch der nicht minder rechtlos gemachten Beamtenschaft gedachten?

Gaben denn die Beamten nicht ebenso wie die Handarbeiter auch nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen? Jahrzehntlang herrschte unsägliches Elend in der großen Masse der Beamtenschaft. Im Krieg zögerte es sich buchstäblich zum Hungern. Während die Agrarier, wie noch jüngst eine ärztliche Auslandskommission feststellte, sich mühten, die Reichen so viel abzuwickeln wie sie wollten, hungerte die große Masse der Hand- und Kopfarbeiter. Da erwachte in vielen Beamten die Ueberzeugung, daß ihre Interessen ein sein mit denen der Fabrikarbeiter. Allmählich dämmerte es in den Köpfen. Sie sahen langsam ein, daß ihr Standesbewußtsein, ihre Titel und Ehrenzeichen, denen sie lange nachgehängt waren, eitlem Tand waren, gemessen an den ehernen Gesetzen geschichtlicher Entwicklung.

Was war die alte Verfassungsordnung anders als ein Werkzeug den geistigen und wirtschaftlichen Aufstieg zu hindern, die Bewegungsfreiheit zu rauben und jede geistige Freiheit zu unterdrücken? Systematisch impfte man dem Beamten den Standsdünkel ein. Sie sollten sich etwas Besseres fühlen als das „Publikum“, damit sie ein um so gefügigeres Werkzeug zur Stütze der Herrschaft jener kleinen Schicht bildeten, die die gutbezahlten und einflussreichen Stellen sich selbst allein vorbehielt.

So tritt die Beamtenschaft jetzt klarer und reifer in den Wahlkampf. Wir alle sind Kampfgesellen, wir Hand und Kopf arbeiter. Wir kämpfen Schulter an Schulter für den Sieg des Volksstaates, für die Befreiung aller arbeitenden Schichten. Und wir Beamte wählen ja nicht nur mit dem Stimmzettel unsere Abgeordneten. Wir wählen vielmehr unsere eigenen Minister. Wollen wir ernstlich Hand anlegen an den Neuaufbau unserer Verwaltung, wollen wir Kampf aufgeben der Bürokratie und Reaktion, die sich nicht nur breit macht in den Ministerien, sondern vielleicht noch schlimmer in den Bezirks- und Gemeindebehörden, so müssen wir für die sozialdemokratische Partei, die die aufrichtigste und entscheidendste Vertreterin aller proletarischen Schichten der Bevölkerung und damit naturgemäß auch der Beamten ist, stimmen.

Das sei die Parole der gesamten Beamtenschaft für die kommenden Reichstagswahlen!

ein Stadt-Beamter, Mitglied der Ortsgruppe Bruchsal des Deutschen Beamtenschaftsbundes, seine Mitgliebet durch Rundschreiben nachdrücklich dazu eingeladen. — Nebenbei sei erwähnt, daß der Vorsitzende des Vereins Stadt-Beamten demokratischer Bürgervereins Bruchsal ist. — Als j. B. der Obmann der Ortsgruppe Bruchsal der Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Geistesarbeiter Baden den Vorstand der Ortsgruppe Bruchsal des Deutschen Beamtenschaftsbundes ersuchte, den Genossen Beck-Karlsruhe zu einem Vortrage in der Ortsgruppe des D. B. B. hier zu veranlassen, hat der Vorstand des D. B. B. Ortsgruppe Bruchsal geantwortet, daß der D. B. B. politisch neutral sei, und er diesem Entschlusse nicht entsprechen könne, es aber doch anheimstelle mit dieser Bitte an ihn, den Vorstand des D. B. B. Ortsgruppe Bruchsal heranzutreten. — Man sieht, der D. B. B. kann auch anders; die politische Neutralität ist nur in Gefahr, wenn es sich um die Sozialdemokratie handelt. Beamte merkt Euch!

Aus der Partei.

Der Kreisvorstand der Partei für den 5. Kreis tritt mit den Vorsitzenden der Bezirksvereine Baden-Baden, Rastatt, Murgtal, Ettlingen, Karlsruhe Stadt und Land, Murlach, Bruchsal und Bretten am kommenden Freitag nachmittag in Karlsruhe zu einer wichtigen Beratung über die noch für die Reichstagswahl in unserer Kreis zu treffenden Maßnahmen zusammen. Etwas später seitens der örtlichen Parteimitgliedschaften, oder der Genossen, wollen der Tagung unterbreitet werden.

Verleibungsprozess Garpuher-Morix Leberer. Vor der Raub einer Strafammer wurde gestern der Verleibungsprozess unseres Gen. Red. Garpuher von der „Volksstimme“ gegen den Herausgeber der kommunistischen „Revolution“, Schriftsteller und Redakteur Morix Leberer in zweiter Instanz verhandelt, nachdem vor dem Schöffengericht Leberer zu 400 M und Garpuher zu 150 M verurteilt worden waren. Gegen dieses Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Das Urteil wurde aufgehoben und der Angeklagte Leberer zu einer Geldstrafe von 1500 M oder 180 Tagen Gefängnis, der Angeklagte Garpuher zu einer Geldstrafe von 50 M oder 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Im übrigen wurden beide Berufungen zurückgewiesen. Von den übrigen wurden Leberer zu 1/2, der Angeklagte Garpuher zu 1/3 zu tragen. — In der Urteilsbegründung wurde bei der Strafzumessung berücksichtigt, daß bei Leberer ein vielleicht unbewußter Spießbüßer bis an die Grenze des Anstandes gehe, eine Rolle spielte. Gerade deshalb sei davon abgesehen worden, auf eine erhebliche Gefängnisstrafe gegen Leberer zu erkennen.

Soziale Rundschau.

Zur Vertierung der Kaufkraft.

Löhne und Baustoffe haben sich wie folgt entwickelt:

Table with 4 columns: Item, 1914, 1.12.1919, 1.8.1920. Rows include: Stundenlohn, des gelernten Arbeiters, des ungelerten Arbeiters, 1 cbm Erdarbeiten, 1 cbm Sand, 1 cbm Kies, 1 t Zement, 1 t Trügereien (Grundpreis), 1 t Bahnhölzchen, 1 t Kohlen, 1 t Holz, 1 t Schmieröl, 1000 lfd. m Kabel G.S.M. 2,5, 1 lfd. m blaue Leitung, 1 cbm Bauholz, 1 cbm Bauwerk, 1 cbm Mörtele, 1 qm dreifache Tunneldeckung, 1000 Piegelsteine, Wagen der Untergrundbahn.

Aus der vorstehenden Zusammenstellung ergibt sich, daß bei der ungeheuren Preissteigerung die Rentabilität aller Baunternimmungen durchaus vernichtet ist.

Der neue Anecht.

Lehern reifen Lehrenmeer  
Laut der Lerche Singen;  
Schnitter giehen froh daher,  
Wald die Sense klingen.  
Leichtsin waltet Nebeldunst,  
Perleu senft sich leise;  
In die frische Morgenluft  
Dringt der Schnitter Weise.  
Siegmond, hoch! Der neue Anecht  
Auch sein Lied läßt schallen:  
„Gleiche Pflicht und gleiches Recht,  
Wort und Freiheit allen!“  
Mächtigt schwillt die Melodei,  
Wie mit Sturmwindwehen,  
Feg's der Anechte Herzen frei,  
Sorg und Not vergehen.  
Leichter mahen fort und fort  
Alle froh bewegt,  
Stark und mächtig, jedes Wort  
Ihre Seelen reget.  
Da verstummet jäh der Sang  
Und der Sense Klängen,  
Dell'es Rauchen weit erklang,  
Alle stehn und lauschen.  
„Siegmond halt! Wohin im Sprung?  
Handst God von Zwergen?“  
„Rechenbrut, noch blut und jung,  
Will im Busch ich bergen.“  
Calches Mitleid keiner fand,  
Kannien kaum es fassen;  
Lachten drum voll Unverstand,  
Lachten ausgelassen.  
„Höll und Teufel! Wird geschafft!  
Gottverfluchte Bande!“  
Eine Peitsch mit voller Kraft,  
Auf die Rücken brannte.  
Ferne hat der Graf erschaut,  
Dah die Schnitter pausen;  
Sprengte über Busch und Kraut,  
Läht die Peitsche sausen.  
Keiner wagt mit Tat noch Wort,  
Frei sein Recht zu wahren;  
Feig und Inezlich mäh'n sie fort,  
Wie gewohnt seit Jahren.  
Siegmond eilend wieder naht,  
Nicht des Grafen;  
Greift die Sense frisch zur Rod,  
Glück erfüllt den Graben.

„Höll und Teufel! Willst du Hund,  
Deinen Herrn nicht kennen?“  
„Niemals mehr, von dieser Stund,  
Werb' ich Herr dich nennen.“  
„Sund, so nimm die Peitsch zum Dank“,  
Brüllt der Graf vom Pferde;  
Da! Ein Griff! Ein Ruck! Dann sank  
Roß und Herr zur Erde.  
„Schurke, ist dies Fug' und Recht?  
Oder Mächtigste?“  
„Wahrlich! Dir soll' jeder Anecht,  
Geben Jins und Giebe.“  
Stumm ist jetzt des Grafen Mund,  
Gört mit Entsetzen:  
„Nieder! Tod dem Herrenhund!  
Hauet ihn in Felsen!“  
Aber Siegmond bietet Ruh,  
Zegt den tollen Schnittern;  
Wendet dann dem Herrn sich zu,  
Dem die Glieder zittern.  
„Pfu! Wie feige bist du Graf,  
Bitterk wie vernichtet;  
Wahrlich, dir gebühret Strafe,  
Doch — du bist gerichtet.“  
„Achte stets das Volkgericht  
Und das Wort der Anechte;  
Gleiches Recht und gleiche Pflicht,  
Keine Herrenrechte.“  
„Eiz nun auf und reit nach Haus,  
Künd' die neuen Zeiten,  
Künde, daß mit Sturmgebraus  
Rast der Freiheit Streiten.“  
In Begeiß'ung all' erglühn,  
Heilige Zreu sie schwören —  
Einer schieht, daß Funken sprühn,  
Ueber Feld und Fluren.  
„So, der Aker wär befestigt,  
Rög' die Saat auch sprossen,  
Beiter muß ich in die Welt,  
Rebet wohl Genossen!“  
Siegmond fröhlich weiterzieht,  
Streuend rote Saaten;  
Hern noch schollt sein Freiheitlieb,  
Luft zu neuen Taten. — — —  
Und die Saat ging herrlich auf  
Nings in allen Landen,  
Nichts mehr hemmt der Freiheit Lauf,  
Anecht'stast wird zu Schanden!  
G. Erb.

Wettertannen.

Drei Tannen stehn auf hoher Wacht,  
Der Sturmwind faust,  
Der Donner tracht.  
Der einen schlug den mächt'gen Arm,  
Der Blitz einfiel ab,  
Ohn' jed' Erbarm.  
Der zweiten hat das stolze Haupt,  
Der wilde Pöhn,  
Schon längst geräubt.  
Die dritte zeigt nur noch ein Stumpf,  
Lavinensturz,  
Zerbrach den Kumpf.  
Zum Kampf gerüstet stehn sie wild,  
Auf steilem Fels,  
Ein mächtig Bild.  
Eroh Not und Sturm und Wetternacht  
Erstarren sie,  
Und halten Wacht.  
Wie diese Wettertannen stehn, —  
Sollen Menschen,  
Durch's Leben gehn.  
G. Erb.

Randfrü...







Aus dem Lande.

Wörthheim, 18. Mai. Eine erfreuliche Nachricht wurde in...

Walsdorf, 19. Mai. Der 12jährige Sohn des Wagners...

Mannheim, 18. Mai. Infolge der durch die Lohnsteigerungen...

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des Bad...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. Mai.

Non olet!

Unter dieser Spitzmarke macht die Sozialistische Republik...

Aber es ist nicht so leicht, andern Geschäftsmoral zu predigen...

Tarifbewegung der Buchdrucker.

Die Karlsruher Buchdrucker nahmen am Montag in einer...

wichtigen Verhandlungen seien folgende Staffeltulagen zu ver...

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins...

Wir fordern, daß von der Generalversammlung die Tarif...

Wann folgt Karlsruhe?

Aus verschiedenen Städten kommt die erfreuliche Nachricht...

Die sozialistische Wirtschaftspolitik

wird in der heute abend 1/8 Uhr im „Elefanten“ stattfindenden

Parteierversammlung

Gen. Landtagsabg. Dr. Krauß behandeln. Auch steht die

Volksbäder, Volkshygiene und Stadtrat.

Es waren keine Schmeicheleien, die gestern abend im Saal III...

Es fand auch niemand von den städtischen Vertretern es für...

Herr Dr. Borch sprach sodann über „Volksgesundheit und

eine Anzahl Redner, die sich alle gegen die Stadträtliche Maß...

Die Ansicht der Versammlung wurde in nachfolgender ein...

Die heute gemeinsam vom Städteausschuss für Leibes...

Es gibt ferner der Erwartung Ausdruck, daß die Schaffung...

Sozialdem. Geistesarbeiter. Die auf Freitag abend anberaumte...

Öffentliche Beamtenversammlung. Die im Badischen Beamten...

Die Juden im neuen deutschen Reich. Ueber dieses Thema...

Dr. Kriegsgefangenenheimleiter. Die mit dem Ehrensold...

Die Freiergewerbetätigen werden uns von Arbeitgeberseite...

Dazu wird uns aus Freiergehilfenkreisen geschrieben: Wie das...

Landestheater. Eingetragener Hindernisse wegen muß die...

Konzerthaus. Die Vorstellungen für die Volkshygiene sind...

Einem Schlaganfall erlegen ist am Montag früh im hiesigen...

Ueberfahren und sofort getötet wurde der 31jährige belarische...

Rosé-Quartett. Zweite, Mittwoch, den 19. Mai, findet abends...

Vertical text on the right edge of the page, including page number and other markings.



**Die Not der Ruhegehaltsempfänger der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik.** Ein Ruhegehaltsempfänger der D. W. u. M. schreibt uns: Durch die Betriebsstilllegung der D. W. u. M. im Jahre 1919 wurde eine große Anzahl Beamten in den Ruhestand versetzt. Aber die fortschreitende Teuerung hat dieselben in große Not gebracht, denn die Pension von 200 M im Monat, summiert noch darunter, reicht nicht aus, das Leben zu fristen. Der Staat, die Städte usw. sind daran, die Pensionsbezüge zu erhöhen, nur die Direktion der D. W. u. M. ist gegen den Hinsturz ihrer Pensionäre taub, trotzdem dieselbe ihre volle Jugendkraft der Firma geopfert haben. Es wäre deshalb an der Zeit, daß etwas geschieht, damit die Pensionäre der D. W. u. M. vor dem Zugrundegehen bewahrt bleiben.

**M. A. C. Budapest - P. S. Beierheim.** Der Leigen der Ingarmpiele wird am kommenden Donnerstag Abend fortgesetzt, und zwar ist es der M. A. C. Budapest, der dem Beierheimer P. S. ein Casspiel liefert.

**Valuta-Bericht vom 16. Mai.**

Der Markkurs in der Schweiz erhöhte sich heute auf etwa 11,50 Fr. Auszahlung Holland notierte etwa 17,45 M per 100 Gulden; Schweden etwa 8,35 M per 100 Kr.; England etwa 183 M per Pf. Sterling; Frankreich etwa 8,30 M per 100 Fr.; Neuhavre etwa 47,50 M per Dollar.

**Briefkasten der Redaktion.**

**E. G. L.** Der Besitzer einer Schanwirtschaft ist nicht berechtigt, Fremde zu beherbergen, dies ist nur den Gasthäusern gestattet. Als Ausnahmefall in der jetzigen Zeit wird es kaum zu beanstanden sein; aber des öfteren oder dauernd dürfen in einer Schanwirtschaft Fremde nicht beherbergt werden und würde vorkommendenfalls dagegen einzuschreiten sein.

**S. W., hier.** Wenn der Herr R. M. sich bereit auf Kosten seiner Kriegskameraden bereidert, daß er trotz seines hohen Einkommens und seines Nebenberufes als Musiker bei der Stoffverteilung sich Stoff für maßvolle Anzüge und noch für ein Kostüm seiner Frau zu verschaffen verstand, so ist das natürlich eine Schandtat und niederträchtige Handlungsweise. Es ist aber zunächst Sache des Reichsanwaltes, sich den Vorwürfen vorzunehmen; dann können wir ja weiter sehen. Die Mischung D. S. B.-U. E. P. ist ja besonders gut!

**Schreibleitung:** Georg Schöcklin, Verantwortlich für Artikel, Politische Redakteur und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eikel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Vereinsanzeiger.**

**Karlsruhe.** (Gesangverein Gleichheit.) Zweite Führung eines Mitglieds Donnerstag, 20. Mai, 1/8 Uhr, Zusammenkunft der Sänger bei Mitglied Hölz „zum Ritter“, Kronenstr. 2.

**Bruchsal.** (Touristenverein „Die Naturfreunde“.) Donnerstag abend 8 Uhr in der „Fiala“. Gäste willkommen. 3883

**Wasserstand des Rheins.**

Schutterinsel 248, gef. 17, Neßl 33, gef. 10, Maxau 504 gef. 14 Mannheim 408, gef. 8 Zentimeter.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**

**Eheschließungen.** Ludwig Guthmann von Auerbach, Steinbrucher alda, mit Elisabeth Hofnagel von Redarau. Alfred Lehr von hier, Kaufmann hier, mit Milli Göb geb. Köhlinger von Wiesloch, Karl Rosenfeld von hier, Kaufmann hier, mit Elisabeth Wiltstätter von hier. Albert Fischer von Reichen, Zimmermann alda, mit Anna Brandel von hier. Julius Kistner von hier, Konditormeister hier, mit Karola Stiel von hier. Karl Eisenhut von Mannheim, Reviseur hier, mit Elsa Knopf von Heidelberg. Otto Graf von Baden-Richtental, Vater hier, mit Amalia Zinsmaner von Arlen. Johannes Stegmüller von Mannheim, Postassistent hier, mit Karolina Brandel von Schielberg. Kurt Reih von Heidelberg, Dr. med. Gebundärzt beim Stadt. Krankenhaus hier, mit Toni Kollmova von Frankfurt.

Für den Pfingst-Bedarf:

# Damen - Konfektion

Neue Frühjahrs- und Sommer-Kleider, Mäntel, Blusen

usw.

Herren - Wäsche | Trikotagen | Schürzen  
Damen - Wäsche | Strümpfe | Taschentücher

## W. Boländer

Kaiserstrasse 121. 3670

**Alkohol-freies Hellmico**

zur Pflege bei Schuppen, Haarausfall, mangelhaftem Haarwuchs empfiehlt sich durch seine bewiesenen Ergebnisse.

Gold-Medaille Dresden 1912  
Haarwasser gr. Fl. M. 7,50, Haarcrem. gr. Dose M. 7,- bei  
H. Sieler, Parfümerie-Laden  
Kaiserstr. 223  
Versand nach auswärts unter Nachnahme, 2533

**Todes-Anzeige.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere treubesorgte Schwester und Tante

**Anna Katharina Leonhardt**

heute Dienstag vormittag 11 Uhr sanft entschlafen ist. 3674

Karlsruhe, 18. Mai 1920.

Namens dertrauernd. Hinterbliebenen  
Familie J. G. Leonhardt.

Die Beerdigung findet am Donnerstag mittag 1/3 Uhr statt.  
Trauerhaus: Scherzstraße 19.

**Daniels Konfektionshaus**

Telephon 1846. Wilhelmstr. 34, 1 Treppe.

Jackenkleider aus guten Stoffen 150,00 an  
Jackenkleider auf Seldinfutter 185,00 an  
Jackenkleider in reinwoll. Stoffen 550,00 an

Frühjahrsmäntel . . . . . 130,- an  
Kostümstücke . . . . . 42,- an  
Wäscheblusen . . . . . 25,- an  
Weiße und farbige Voilekleider.

Grosse Auswahl, keine Ladenspesen.

**Unsere Leser und Leserinnen**

werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die

**Lehrlinge:** 1189

Gärtner, Schmiede, Blecher u. Zinklathener, Glöckengießer, Färber, Glasinstrumentenmacher, Polsterer, Holzbrecher, Berggolfer, Schneider, Hut- und Schirmmacher, Maler und Anstreicher, Wagen- u. Antiladierer, Feisere, Schriftsetzer, Photographen, Steinbruder, Präger, Gewandere, Stempeltechniker, sowie einige Bürolehrlinge zum sofortigen Eintritt gesucht.

**Städtisches Arbeitsamt**

Schreibungsabteilung  
Jähringerstraße 100 - Zimmer 2.

**Lebensmittel-Versorgung.**

Ausgabe von Weichkäse im Stadt. Verkauf (Schloßstrasse) und zwar pro Kopf 100 gr. Donnerstag nachmittag an die Buchstaben A, C und D Freitag . . . . . B. 1326

Preis für das Pfund 2,60 M.  
Durlach, den 19. Mai 1920.  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Kartoffel - Versorgung.**

Kartoffeln

Donnerstag vormittag an die Buchstaben L und M nachmittag . . . . . N, O, P, Q, R, S Freitag vormittag . . . . . Sch, Sp, St, T, U, V, W, Z

Ausgegeben werden pro Kopf 20 Pf. Preis pro Pfund 35 Pf. Die Kartoffelausgabe findet in der Turnhalle der Friedrichschule statt. 1327

Durlach, den 19. Mai 1920.  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Fett-Verteilung.**

Für die laufende Woche wird in den hiesigen Fettverkaufsstellen 150 gr. Margarine auf die Karte Nr. 25 abgegeben. Preis pro Pfund 12,50 M. Das Fett ist von morgen (Donnerstag) ab, in den betr. Geschäften erhältlich.

Durlach, den 19. Mai 1920. 1328

Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Lebensmittel-Versorgung.**

Von Freitag, den 21. ds. Mts. ab, gelangen in den hiesigen Geschäften folgende Lebensmittel zur Ausgabe: pro Kopf 100 gr. Ansthouig, Preis für das Pf. 7,20 M., pro Kopf 125 gr. Sakerkoden, Preis für das Pfund 8,00 M., pro Kopf eine Dose kondensierte Milch, Preis für die Dose 8,50 M.

Durlach, den 19. Mai 1920. 1329

Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Rastatter Anzeigen.**

Gewährung von Banknoten-zuschüssen betr.

Unter gewissen Voraussetzungen werden auf Reichs- u. Staatsmitteln Banknotenzuschüsse gewährt. Die Grundzüge über Zahlung der Banknotenzuschüsse können auf dem Rathaus - Zimmer 8 - eingesehen werden.

Rastatt, den 12. Mai 1920. 1324

Das Bürgermeisteramt.  
Kanner. Zoller

**Baden-Baden.**

**Vollmilchquarkabgabe.** 1311

Es stehen uns ca. 200 Pfund Vollmilchquark zur Verfügung. Zur Ausgabe gelangt 1/4 Pfund auf die Karte E 220 zum Preis von 35 Pfennig das 1/4 Pfund. Abgabe erfolgt nur am Mittwoch den 19. Mai im Part an Kaffe 4, so lange Vorrat reicht. Lebensmittelamt Baden-Baden.

**Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr.**

Gemäß § 5 Absatz 2, Satz 1 und Anlage B Abschnitt II der Verordnung des Bundesrats vom 8. Februar 1910 (R.G.B. S. 389 ufo.) werden als Sachverständige für die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer Regierungsbeamter Rudolf Egnarnerberger und Diplomingenieur Rudolf Egnarner in Mannheim amtlich anerkannt. 1323

Karlsruhe, den 6. Mai 1920. D.-3. 109

Bezirksamt - Polizeidirektion.

**Bekanntmachung zum Kapitalertrag-Steuergezet.**

Das Kapitalertrag-Steuergezet verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldzinsen 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt oder Hauptsteueramt abzugeben. Dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig geworden sind, ebenso wie für die später fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinszahlung entrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Darlehenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geschuldet werden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorläufig oder fälschlich nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung strafrechtlich verfolgt werden. Hat der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er seinerseits ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Für Schuldzinsen, die vor dem 31. März 1920 geschuldet sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig geworden sind.

Die Finanzämter und Hauptsteuerämter sind verpflichtet, dem Gläubiger auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuerordnungsmäßig abgeführt hat.

Ansprüche auf Befreiung von der Steuer bedürfen besonderer Anerkennung durch das Finanzamt oder Hauptsteueramt.

Karlsruhe, den 15. Mai 1920. 1319

Finanzamt - Hauptsteueramt.

**Bekanntmachung über die Reichstagswahl.**

1. Grundfähig kann jeder Wahlberechtigte nur an seinem Wohnort wählen. Durch die Reichstagswahlordnung wird es jetzt zum ersten Male einer Reihe von Personen ermöglicht, auf Grund eines „Wahlzuges“ in einer andern deutschen Gemeinde, in der sie sich am Wahltag aufhalten, zu wählen.

2. In Frage kommen solche Personen, die a) zur Erhebung persönlich oder öffentlich Angelegenheiten während der Wahlzeit von hier abwesend (wie Schiffer, Post- und Bahnangestellte, Geschäftsreisende, Wahlhelfer), b) zur Kur oder Erholung am Wahltag sich außerhalb Karlsruhes aufhalten, c) infolge eines körperlichen Uebels oder Zeidens in ihrer Bewegungsfähigkeit gehemmt sind, d) nach Ablauf der Auslegungfrist der Wählerlisten, also nach dem 16. Mai, von Karlsruhe fortziehen.

3. Wer von den unter Ziffer 2 erwähnten Personen, außerhalb Karlsruhes wählen will, muß bei der Wahlgeschäftsstelle (im Gebäude des Café Bauer, Eingang Ecke Jägerstr. und Lammstr., werktätlich geöffnet von 9-5 Uhr) die Ausstellung eines Wahlzuges beantragen. Der Grund des Antrags ist auf Erfordern glaubhaft zu machen.

4. Wahlberechtigte, denen ein Wahlzettel ausgestellt ist, werden in der hiesigen Wählerliste gestrichen. Sollten sie am Wahltag doch in Karlsruhe anwesend sein, so können sie selbstverständlich gegen Abgabe des Wahlzuges auch in Karlsruhe wählen.

Karlsruhe, den 18. Mai 1920. 1321

Bürgermeisteramt.

**Radfahrer!**

Fahrrad- u. Motorrad-Mäntel 3004 werden repariert und vulkanisiert in Dietzheim, Kirchenstr. 65. Anlauf geb. Mäntel.

**Sachen-Ähren**

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in Weintraub 2204 An- und Verkaufsgeschäft - 52 Kronenstr. 52

**Raucher dank!**

Ros. gas. ermögl. in einigen Tagen das Rauchen ganz od. teilweise zu unterlassen. Amtlich begutachtet. Wirkung verblüffend. Vollständig unschädlich. Täglich Anerk. Ausk. ums. Institut Englbrecht München R. 99, Kapuzinerstr. 9. 033.

**Das städtische Schwimm- u. Sonnen-Bad am Rheinhafen-Karlsruhe**

ist 1318

**geöffnet.**

**Keine Wanze mehr.** Kammerjäger Berg's Radikalmittel

„Nicodaa“ Erfolg verblüffend. Restl. Vertilg. Beste Zeit z. Bratvorrichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppel pack Mk. 4.50. Verkauf bei Drog. O. Fischer, Karlstr. 74, Drog. R. W. Lang, Kaiserstr. 24. Bitte ausdrücklich nur Nicodaa! zu verlangen.

**Zu kaufen gesucht.**

Alle Dampfmaschinen, Locomobile, Gas- und Benzin-Motore, Werkzeugmaschinen jeder Art, wenn auch reparaturbedürftig, zu hohen Preisen zu kaufen gesucht. 927\*

**H. David**

Karl-Wilhelmstr. 38. Telefon Nr. 2067.

**Kauf!**

zu höchsten Preisen Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe und Betten. Juchstr. erb. an

**S. Agelrad**

Essenweinstr. 52. 037

**Cumpen Papier Felle**

Hohhaare, Metalle, Eisen, Keller- und Spindeltramant: Feuerstein, Feilenstr. 26, Tel. 3451 für Händler Vorzugspr.

**Aluminium! Aluminium!**

**Ausnahme - Angebot!**

Auf meine bekannt vorteilhaften und billigen Preise biete ich, vorausichtlich nur auf kurze Zeit, infolge Entgegenkommens meiner 100 Rabatt. Lieferanten, auf sämtl. Waren 100 Rabatt.

Ich empfehle von diesem Angebot ausgiebigen Gebrauch zu machen, da die Gelegenheit nicht bald wiederkehren dürfte.

**Aluminium-Spezial-Geschäft**

**Gustav Nürnberger**

Waldstrasse 26 (neben Resi-Kino). 2049

Wir suchen eine zuverlässige

**Zeitungs-Trägerin**

für die Altstadt.

Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei uns melden.

Geschäftsstelle des „Volksfreund“ Luisenstra. 24

**Metall Cumpen und Papier**

Kauf Baaber, 2233 Karlsruhe - Mühlberg, Gluckstraße 7.

**BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK**

**BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK**



### Sozialdemokratische Partei Karlsruhe

Samstag, 22. Mai, nachm. 1/4 Uhr  
im großen Saale der städt. Festhalle

Große öffentliche

## Beamten-Versammlung

Tagesordnung:

„Die Lage der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten  
im Lichte der Reichsbesoldungsordnung“.

Referent: Herr Willi Steinkopf, Ober-Postsekretär aus Königsberg  
Mitglied der National-Versammlung.

Hierzu sind die Beamten und Beamtinnen aller Verufe und Zweige  
freundschaftlich eingeladen.

Beamtinnen und Beamtinnen erscheint in Massen! Es spricht  
ein Kollege zu Euch!

Freie Aussprache!

Eintritt 1 M. einschl. Einlagegebühr.

Der Vorstand.

### Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Karlsruhe

Am Donnerstag, den 20. Mai, abends 1/5 Uhr,  
findet im Saale des „Elefanten“, Kaiserstr. 42, eine

### Mitglieder-Versammlung

- mit folgender Tagesordnung statt:
- 1. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
- 2. Wahl eines zweiten Ortsbeamten.
- 3. Erläuterungen der neuen Krankenversicherungs-  
bestimmungen.

Zutritt haben nur Mitglieder, die sich durch ihre  
Mitgliedsbuch ausweisen können, das am Saaleingang  
vorzulegen ist.

Bollfähiges Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung: J. A. v. H. Hauser.

### Öffentliche

## Beamtenversammlung

Donnerstag, den 20. Mai 1920, nachm. 4 Uhr,  
im städt. Konzerthaus

„Die Einreichung der Beamten in den Gehalts-  
tarif und die Forderungen des Lehrerbundes“.

Referent: Betr.-Rat Ernst Franke

Reichs-, Staats- u. Gemeindebeamten erscheint bollfähig  
Bad. Beamtenbund. 3684

### Achtung! Achtung!

## Handelshilfsarbeiter!

Am Freitag, den 21. Mai, findet abends  
pünktl. 1/2 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronen-  
straße 3, eine

wichtige

## Bersammlung

für sämtliche im Groß- und Kleinhandel beschäftigten  
Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

Tages-Ordnung:

- 1. „Die Stellung der Arbeitgeberver-  
bände zu unseren Forderungen.“
- 2. Verbandsfragen.

Hierzu laden wir sämtliche Lagerarbeiter, Bader,  
Handwerker usw. ebenso dringend wie höflich ein.

Deutscher Transportarbeiter-Verband  
Ortsverwaltung Karlsruhe.

Kronenstraße 3, II. — Telefon 3109.  
Höher.

### Achtung! Achtung!

## Fuhrleute, Kutscher u. Speditionsarbeiter!

Am Samstag, den 22. Mai, findet abends  
8 Uhr in der „Kronenhalle“, Kronenstraße 3, eine

wichtige

## Bersammlung

mit folgender Tagesordnung statt.

- 1. Stellung der Arbeitgeber zu  
unserer Lohnforderung.
- 2. Verbandsfragen.

Bollfähiges Erscheinen der Fuhrleute, Geschäfts-  
fuhrer, Speditionsarbeiter unbedingt erforderlich.  
Mit kollegialem Gruß!

Deutscher Transportarbeiter-Verband  
Ortsverwaltung Karlsruhe

Kronenstraße 3, II. — Telefon 3109.  
Höher.

### Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse Mittwoch, den 19. Mai  
bis Freitag, den 21. Mai 1920, in den Fett-  
verkaufsstellen Nr. 117 bis einschl. 122 an die dort  
eingetragene Kundenschaft, gegen die Warenkarte  
K 188. Kopfmenge 1/4 Pfund. Preis Mt. 2.60 für  
das Pfund.

Karlsruhe, den 18. Mai 1920. 1330

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

### Badisches Landestheater.

Mittwoch, den 19. Mai 1920 1223

## Die Marquise von Arcis

Schauspiel in fünf Aufzügen v. Carl Sternheim.  
Anfang 7 Uhr. Ende nach 1/2 10 Uhr.

## Frühjahrs-Neuheiten

in hervorragend schöner Aus-  
wahl zu mässigen Preisen

- Jacken-Kleider ::
- Tailen-Kleider ::
- Frühjahrs-Mäntel
- Seidene Mäntel :
- Seidene Jacken :
- Strick-Jacken ::
- Seidene Blusen :
- Wollene Blusen :
- Wash-Blusen ::
- Blusen-Röcke ::
- Morgen-Kleider :

## M. Schneider

Inhaber: H. Kahl  
Erbsprinzenstr. 31 Ludwigsplatz.



Tradinge,  
Gold- u. Silberwaren

empfiehlt

Christ. Fränkle, Goldschmied  
Karlsruhe, Passage 7.

## Leiterwagen — Kastenwagen

Erfahrung, empfiehlt 2936

## Speck, Sommerstr. 30a.

### Belohnung.

In der Nacht vom letzten  
Sonntag zum Montag  
wurde auf dem Weg von  
Untergrömbach nach  
Obergrömbach ein ledernes  
Handtäschchen mit  
Geldbeutel und Brille  
verloren. Der Finder  
oder derjenige, der Mit-  
teilung darüber machen  
kann, erhält entsprechende  
Belohnung. Zutritt zu  
richten an die Redaktion  
des „Volksfreund“.

## Kragen

## -Wäscherei Schorpp

liefert schnellstens

## Stärke- Wäsche

Annahmestellen:

- Karlsruhe:
- Ludwig-  
Wilhelmstr. 5.
- Kaiserstr. 34 u. 248
- Gerwigstrasse 46
- Amalienstrasse 15
- Waldstrasse 64
- Wilhelmstrasse 82
- Augustastrasse 18
- Schillerstrasse 19
- Kaiserallee 37
- Gabelsbergerstr. 1
- Rheinstrasse 18.
- Durlach: 2017  
Hauptstrasse 15.

### Frau M. Eisenhardt

Karlsruhe  
Kaiserstr. Ecke Adlerstr.



STÄNDIG GROSSES LAGER

IN  
Kleidern,  
Kostümen,  
Mänteln,  
Röcken,  
Blusen

GLUTE STOFFE  
VORTEILHAFT PREISE

### Beste ungarische Liga

M. A. C.

## Budapest

Donnerstag, 20. Mai, 6 Uhr abends

Fasanen-  
Garten

Phönix-  
Platz

Beiertheimer

Fussball-Verein

## Futter-Stoffe!

Sämtliche Futterstoffe und Nähzutaten sowie  
Stofflager für Herren- und Damenschneiderei  
empfehlen

Peter Mees, Schneiderei für  
Herrenstraße 42.

Empfehle: Elektrische Schneider-Maschinen.

## Tomaten- Setzlinge

meine selbstgezüchtete Sorte, „rote Infulus“  
gehört zu dem Besten, was es gibt, sowie

alle Sorten

## Gemüse- Setzlinge

werden, soweit Vorrat reicht, billigst ab-  
gegeben. 3676

## Riempy'sche Gemüse-Gärtnerei

Rintheimerstr. 30.

## Resi Schillerstr. Residenz-Theater Kaiserstr.

Das grosse sensationelle  
Detektiv-Drama

## Schrei um Hilfe

in fünf Akten.

Ferner

## ein köstliches Lustspiel.

Ab heute

## In einer Nacht

Spannendes Schauspiel mit  
Willy Godowsky  
Dora Kaiser  
Lotte Graf und  
Julius Falkenstein  
in den Hauptrollen.

## Und der Mond lacht dazu.

Am Weibe  
zerschellt

Drama in fünf Akten.

In der Hauptrolle:

Erich Kaiser-Titz.

3680

## Die Selbstmord- kandidaten

Lustspiel in drei Akten.

### Gelegenheitskauf.

3,20 m schwarzer, kräftiger  
Anzugstoff für nur  
280 Mark  
zu verkaufen. 3679  
Röh. Bochstr. 30, III.

### Neuer Sonntags-Anzug

mittlerer Größe, zu ver-  
kaufen. Anzug, zwischen  
4-6 Uhr bei Jeller, Georg-  
Friedrichstr. 23, I. 3678

### Divan, Chaiselongue

zu verkaufen.

Küchenarbeiten, v. Holster-  
möbel bei billigster Be-  
rechnung. 3468

### Kapiergeschäft E. Schner

Rappurstr. 23.

### Räumungs- Verkauf

unterm Selbstkosten-  
preis: Ganze Küchenein-  
richtungen, Kredenzstühle,  
Stühle, Hocker, Wand-  
bretter, Zimmer-Bühnen,  
Vertikow, Tische, Stühle.  
Ferner eine größere Partie  
starke Birnsche, von 30. M.  
an, sowie 6 runde Stamm-  
tische. Rappurstr. 23, I.

### Schlossherb

neu,  
wert zu verkaufen. 3673  
Bell, Rappurstr. 82, III.

### Rinderliegwagen

Korbwagen, gut erhalten,  
mit Gummi, zu verk. 3672

Fasanenstr. 37, II. r.

### Zwirn

1000 Rädchen .M. 250 frei

### Masch.-Garn

100 Nollen .M. 230 frei.  
Verandhaus „Roths“  
Herlasgrün S. 2024

## Fräulein

in Stellung, sucht auf sofort möbliertes Zimmer, mit  
oder ohne Pension. Gest. Offerten unter Nr. 3677  
an das Volksfreundbüro erbeten.

## Simco-Besohlung

Eine eigenartige Neuerung  
Grösste Haltbarkeit — Wasserdicht

Bedeutend billiger

Gummibesohlung in zweierlei Ausführung

## Max Mailer

Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 12.

## MÖBEL

Aus dem Vorrat meiner günstigen auswahl-  
reichen Lagerbestände verkaufe äußerst  
preiswert

Schlafzimmer, Wohnzimmer

Speisezimmer, Küchen

und alle Sorten

## Einzel-Möbel.

## S. Krämer Möbel- und Bettenhaus

Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 30  
Telephon Nr. 778

Besichtigung gerne erbeten.

Gekaufte Möbel werden zurückgestellt bis  
zur Abnahme.

Eigene Schreiner- und Polsterwerkstätte.

### Raucher dank!

ges. gesch. ermögl.  
in einigen Tagen das  
Rauchen ganz od. teil-  
weise zu unterlassen.  
Amlich begutachtet.  
Wirkung verpläffend.  
Vollständig unschädlich.  
Tägl. Anerkennungen.  
Auskunft umsonst.

Versandhaus Urania  
München R. 39.  
Waltherstr. 33. 967\*

### Galerie Moos

Kaiserstr. 137. 239

1. — 30. Mai 1920

### 51. Sonder- Ausstellung

Prof. Wilh. Volz.

### Arbeitslosen

sowie bessere

### gestreifte Hosen

neu eingetroffen.

Markgrafen-  
straße 22.

### Raffatt. Raffatt.

Verkauf von

### Alt- u. Möbel

Besichtigung ohne Kauf-  
zwang erwünscht.

### Karl Rauch,

Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

## Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Nur noch 3 Tage!

Unstreitbar der beste aller De-  
tektiv-Schlager Stuart Webbs!

## Das Panzergewölbe

Detektiv-Schlager in vier Akten.

In der Hauptrolle:  
Ernst Reichert als Stuart Webbs

Stuart Webbs löst auch diesmal das  
ihm gestellte Problem mit einer stau-  
nenswerten Geschicklichkeit und hält  
durch seine waghalsigen Tricks die  
Beschauer von Anfang bis zu Ende in  
atemloser Spannung.

Sowie das ungelungene Lustspiel

## Donna Lucia

in drei Akten. 3681

Änderungen des Programms  
vorbehalten!